

Bezugspreis:

Nam 20. Debr. 1923 bis 3. Januar 1924 1 Billion oder 1 Goldmark o. r. a. u. s. zahlbar. Unter Kreuzband vom 20. Debr. 1923 bis 3. Januar 1924 für Deutschland, Dänig. Saar- u. Rheinl. gebiet, Oesterreich, Litauen, Kugen- burg 1,25 Goldmark. Kreuzband- fahrungen nur gegen wertbeständige Zahlung. Postbezugspreis (zeitlichend).

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Welt und Zeit“ u. „Erholung und Kleingarten“, sowie der Unter- haltungsbilags „Heimwelt“ erscheint wochenttäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille- zeile 0,70 Goldmark. Politische 0,20 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ des Freitagabends vom 1. Januar 1924 (2. Seite) 1,00 Goldmark. Sonstige 0,10 Goldmark. Abdruck des ersten Wortes 0,10 Goldmark. Sonstige 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnementen 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin S.W. 68, Kirchen- straße 8, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhof 292-295  
Verlag: Dönhof 2506-2507

Donnerstag, den 3. Januar 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direction der Diskonto-Gesellschaft, Devisenkasse Lindenstraße 2

Die Angst vor der Arbeiterregierung.

Manöver der Konservativen.

London, 2. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Je näher der Termin rückt, an dem das Kabinett Baldwin gezwungen sein wird, aus seiner Bahnlager die unvermeidlichen Konsequenzen zu ziehen, um so verzweifelter werden die Anstrengungen der Konservativen, durch ein Manöver den Übergang des Kabinetts an die Arbeiterpartei zu verhindern. Jedenfalls hat man im konservativen Lager die Hoffnung auf ein Kompromiß mit den Liberalen oder doch wenigstens mit deren gemäßigtem Flügel noch nicht ganz aufgegeben. Baldwin, der am Mittwoch nach London zurückgekehrt ist, müht sich um die Abfassung einer Regierungserklärung, die, indem sie alles vermeidet, was den Liberalen Anlaß zur Opposition geben könnte, eine Brücke schlagen soll zwischen den beiden bürgerlichen Parteien. Er wird darin von einflussreichen Kreisen seiner eigenen Partei ermuntert und bestärkt. Insbesondere ist es die Londoner City, die das Schreckgespenst einer Arbeiterregierung alle Fieserie und Zurückhaltung vergessen läßt. So hat dieser Tage der Vorsitzende der Konservativen Vereinigung von London ein erst heute bekanntgewordenes Schreiben an Baldwin gerichtet, in dem er ihn beschwört, nicht unversucht zu lassen, um durch eine Verständigung mit Asquith die Arbeiterpartei von der Regierung fernzuhalten. Das Echo, das diese Initiative in der liberalen Presse gefunden hat, wird es Baldwin nicht geraten erscheinen lassen, diesen Rat zu befolgen. Das Organ Asquiths, die „Westminster Gazette“, insbesondere läßt keinen Zweifel, daß einem derartigen Versuch ein eklatanter Mißerfolg beschieden sein werde, denn sie schreibt, die Lage sei heute unverändert die gleiche, wie sie Asquith in seiner Rede im Liberalen Klub gekennzeichnet habe. Die Liberale Partei denke jedenfalls nicht im entferntesten daran, der Labour Party den Weg zur Regierung zu versperren.

Ramsay MacDonald, der voraussichtliche Chef der kommenden englischen Regierung, hat auf vier ihm vorgelegte Fragen in einer Broschüre geantwortet, deren Inhalt sich wie folgt zusammenfassen läßt: MacDonald glaubt nicht an die Möglichkeit einer Allianz zwischen England und Amerika, aber er hofft, daß Amerika dem englischen Volk in seinen wirtschaftlichen Nöten zu Hilfe kommen werde, wenn es erst die Ueberzeugung erhalten habe, daß die englische Politik aufrichtig und ehrlich ist. In bezug auf Europa betont MacDonald als ein Anhänger der Politik des Gleichgewichts, daß kein verantwortungsbewußter Staatsmann, solange seine Nachbarn bis an die Zähne bewaffnet seien, einer völligen Abrüstung des Wort reden könne. Das europäische Gleichgewicht werde auch in einer Arbeiterregierung in England energigehandelt werden. Der internationale Handel und das Kreditwesen müßte auf eine neue Basis gestellt werden, die deren Umwandlung in eine zum Besten der Gesamtheit arbeitende Unternehmung sichere. Die Frage, ob eine Arbeiterregierung in England Sowjetrußland anerkennen werde, beantwortet Ramsay MacDonald mit einem unumwundenen Ja. Er hoffe ohne Verzug mit Moskau in Verbindung treten und den Güteraustausch mit allen Mitteln fördern zu können.

„Ein großes internationales Faktum“.

In seiner Neujahrsbetrachtung über die Probleme der europäischen Politik äußert sich der tschechoslowakische Außenminister Beneš über die Bedeutung einer Arbeiterregierung in England u. a. wie folgt:

„Das Jahr 1924 wird in England offenbar die Arbeiterpartei zur Regierung bringen. Als ich vor einigen Monaten darauf aufmerksam machte, wurden bei uns ironische Stimmen laut. Heute sind die Beratungen darüber schon ein großes internationales Faktum. Ich ersage schon vor fünfzig Jahren, daß eine der ernstesten Folgen der großen revolutionären künftigen Zeit und eines der größten internationalen Ereignisse die Einsetzung einer sozialistischen Regierung in England sein werde. Die Regierungsübernahme ist heute für eine Arbeiterpartei ein gewaltiger und ein ungeheurer Schritt, ein äußerst fühner Schritt, der gleichzeitig zeigt, daß sie sich ihrer Aufgaben und ihrer Pflichten bewußt ist. Mag sie vielleicht auch nur kurze Zeit an der Regierung sein, es wird dies für das Jahr 1924 eines jener großen Ereignisse sein, die für Europa von historischer Bedeutung sein werden und die bedeutenden Einfluß auch auf die ganze internationale Politik haben werden.“

Die Pariser Neujahrsgratulation.

Paris, 2. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Aussprachen mit den Bolschewikern, die gelegentlich des Neujahrsfestes auf politisch-diplomatischem Gebiet gepflogen wurden, waren entschieden auf einen persönlicheren Ton gestimmt als im vergangenen Jahre. Damals hat Willerand es beim Neujahrsempfang des diplomatischen Korps für angebracht gehalten, Deutschland in Gegenwart seines amtlichen Vertreters aufs schärfste zu brüskieren. Diesmal ist der Empfang nicht nur ohne jeden Zwischenfall verlaufen, sondern es ist sogar von der „nahen Morgenröte der Versöhnung und des endgültigen Friedensschlusses“ gesprochen worden. Auch Herr Poincaré hat in einer an das amerikanische Volk gerichteten Botschaft Dinge gesagt, die man aus diesem Munde sonst nicht zu

hören bekommt. Er hat den Willen kundgegeben, an der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Europas durch praktische Mittel und entgegenkommende Maßnahmen mitzuarbeiten und versichert im Hinblick auf die demnächst beginnenden Beratungen der Sachverständigenkomitees ausdrücklich, daß Frankreich sich jedem vernünftigen Vorschlag zur Lösung des Reparationsproblems zugänglich zeigen werde, soweit dadurch nicht der Text des Friedensvertrags verletzt werde. Es wird abzuwarten bleiben, wie weit die Latein der französischen Regierung mit diesen schönen Worten übereinstimmen werden. Die Aussichten dafür sind leider nicht die besten. Nach allem, was bisher über die Haltung der französischen Regierung zu dem jüngsten Berliner Memorandum bekannt geworden ist, wird man die Hoffnungen auf einen positiven Erfolg der Verhandlungen über einen modus vivendi im Rheinland und Ruhrgebiet sehr tief herabschrauben müssen. Der „Temps“, der darauf bereits seit einiger Zeit vorbereitet, versucht heute, der deutschen Regierung die Verantwortung dafür in die Schuhe zu schieben, mit dem Argument, man könne nicht einseitig Vorteile für sich verlangen, ohne selbst etwas Positives dagegen anzubieten. Die deutsche Regierung aber habe es versäumt, im Austausch für die von ihr gewünschten Konzessionen neue Zahlungssicherheiten anzubieten.

Die französische Antwort.

Paris, 2. Januar. (W.T.B.) Havas meldet: Am Quai d'Orsay wird der Entwurf einer Antwort auf das von Deutschland am 24. Dezember überreichte Memorandum fertiggestellt. Der Entwurf wird morgen Poincaré, der nach dem Rücktritt von Brümel abwesend ist, gläubt man nicht, daß die Antwort dem deutschen Geschäftsträger vor Mitte nächster Woche zugestellt werden kann.

Das Düsseldorfer Urteil.

Regierungspräsident Grünher legt Berufung ein.

Regierungspräsident Grünher, der in Düsseldorf vom französischen Kriegsgericht mit verurteilt wurde, hat an dieses Kriegsgericht die folgende Depesche gerichtet:

„Gegen meine am 27. Dezember 1923 erfolgte Verurteilung lege ich Berufung in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung ein, insbesondere wegen Verletzung des Haager Landkriegsabkommens, da ich als Inhaber der Landespolizei des Regierungsbezirks Düsseldorf am 30. September 1923 gegen die Separatisten als deutsche Hoch- und Landesverräter lediglich nach deutschen Gesetzen eingeschritten bin.“

Kongress der polnischen Sozialisten.

Kraus, 2. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Unter Beteiligung von über 200 Delegierten aus ganz Polen fand hier der Kongress der PPS statt, dem angesichts der gegenwärtigen politischen Lage besondere Bedeutung zufällt. Zum Vorsitzenden wurde der greise Senator Simonowski gewählt. Neben sämtlichen sozialistischen Abgeordneten und Senatoren sah man Vertreter der leitendsten, ständischen, eständischen, tschechoslowakischen Sozialdemokratie, sowie die Delegierten der deutschen Sozialistengruppe in Polen. Begrüßungstelegramme trafen ein von den sozialistischen Parteien Frankreichs, Belgiens und Italiens, sowie von Bandoerde, Bonaourt und Renaudel. Als Vertreterin der englischen Labour Party war Marion Phillips erschienen. In einer längeren Ansprache führte sie aus, angesichts der Wahlergebnisse und der bevorstehenden Bildung einer Arbeiterregierung in England wäre eine Verständigung und Zusammenarbeit der polnischen sozialistischen Partei mit der englischen Arbeiterpartei sehr erwünscht. Im Anschluß daran verlangte Baricki in einem Referat über die politische Lage eine Abänderung der Lodger Resolution, welche der PPS die Beteiligung an der gegenwärtigen Regierung unterlegt. Ueber die wirtschaftliche Lage referierten Diamand und Jaremba.

Warschau, 2. Januar. (Polnische Telegraphenagentur.) Der polnische sozialdemokratische Parteitag hat Dienstagabend seine Beratungen beendet. Es wurde u. a. eine vom Abgeordneten Perl beantragte Resolution angenommen, welche entgegen den Beschlüssen des Lodger Parteitages die sozialdemokratische Fraktion im Sejm unter gewissen, besonders umschriebenen Bedingungen ermächtigt, einer von nicht sozialdemokratischen Fraktionen gebildeten Regierung ihre Unterstützung zu leisten, bzw. an der Regierung selbst teilzunehmen. Bei der Wahl wurden zum Vorsitzenden des Parteivorstandes Abgeordneter Dajnycki, zu seinen Stellvertretern die Abgeordneten Diamand und Zulawski gewählt.

Deutsches Besied für die Katastrophe des „Digmuiden“. Der deutsche Geschäftsträger hat sich gestern nachmittags zum Quai d'Orsay begeben, um das Bellerid der deutschen Regierung anlässlich des Unterganges der „Digmuiden“ auszusprechen.

Angriff der Unternehmer.

Zum Konflikt in der Berliner Metallindustrie.

Die Unternehmer der Berliner Metallindustrie, wie ihre Kollegen in einer Reihe von anderen Industrien, haben den bisher geltenden Tarifvertrag gekündigt und ohne sich mit der zuständigen Gewerkschaftsorganisation oder mit den direkt beteiligten Arbeitern zu verständigen, eine Lohnkürzung von rund 20 Proz. selbstherrlich diktiert.

Man wird zunächst verwundert fragen, ob denn die Löhne bisher so außerordentliche waren und die Forderungen der Arbeiter so unmaßig, daß die Unternehmer im Interesse der Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit ihrer Betriebe zu dieser ungewöhnlichen und unzulässigen Maßnahme schreiten mußten. Einige Zahlen werden darüber informieren.

Bisher war der Spitzenlohn eines qualifizierten Metallarbeiters in Berlin 53 Pf. die Stunde. Dazu kam eine sogenannte Ausgleichszulage für die in Akkord Arbeitenden von 8 Pf. die Stunde und die Sozialzulagen für Verheiratete von 2 Pf. für die Frau und 4 Pf. für jedes unmündige Kind. Das bedeutet, daß praktisch der Höchstlohn eines gelernten Metallarbeiters, der verheiratet ist und zwei Kinder zu versorgen hat, etwas über 30 Mk. die Woche betrug. Gegenüber der Vorkriegszeit bedeutet das eine Lohnkürzung von etwa 30 Proz. Diese Lohnkürzung ist jedoch noch größer, wenn man die Kaufkraft der Löhne, den einzig richtigen Maßstab, zur Grundlage nimmt.

Nach der amtlichen Reichsindexziffer beträgt die Steigerung der Lebenshaltungskosten rund 12 Prozent. Obwohl wir der Ansicht sind, daß die amtliche Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten die wirklich eingetretene Teuerung nur unvollkommen ausdrückt, wollen wir diese einmal zur Grundlage eines Vergleiches nehmen. Zu der vorstehend angegebenen Lohnminderung gegenüber der Vorkriegszeit kommt also noch die Lohnminderung, die durch die Teuerung eingetreten ist. Nun wenden die Industriellen allgemein ein, daß sie in erster Linie die Konkurrenzfähigkeit ihrer Betriebe berücksichtigen müssen und erst in zweiter oder dritter Linie die wirklichen Kosten der Lebenshaltung. Diese Behauptung geht von dem Trugschluß aus, als sei die Preisbestimmung unbeteiligt an den Kosten der Lebenshaltung. In Wirklichkeit aber, das weiß ja jedes Kind, sind es die Preise der verschiedenen Produkte zusammengenommen, die die Kosten der Lebenshaltung bestimmen. Wenn die notwendigen Verbrauchsartikel im Preise gefallen sind, dann müssen selbstverständlich auch die Löhne im mindesten gleichen Maße steigen, soll die Industrie im allgemeinen nicht zum Erliegen kommen.

Es ist aber auch durchaus falsch anzunehmen, daß die Lohnhöhe rein mechanisch sich auf die Preise auswirkt. Denn erstens machen die Löhne nur einen verhältnismäßig geringen Prozentfuß der Preise der Produkte aus. Der Anteil der Löhne an den Preisen der Produkte schwankt zwischen 3 und 25 Proz. Ein mehr oder weniger hoher Lohn wird also den Preis der Produkte nur im verhältnismäßig geringen Maße beeinflussen. Wesentlich für die Preisbestimmung sind die Materialkosten, die Geschäftskosten und die technische und praktische Bewertung der Arbeitskraft. Auf diese drei Faktoren haben die Arbeiter bislang keinen Einfluß. Es sind die Unternehmer allein, sel es in der Schwerindustrie, sei es in der Fertigungsindustrie, die in der Lage sind, die Produktionskosten zu bestimmen. Wenn die Unternehmer nicht fähig oder nicht gewillt sind, die Produktionskosten herabzumindern, dann leiden die Arbeiter darunter wohl als Verbraucher, als Produzenten sind sie aber nicht in der Lage einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Wenn die Unternehmer also eine Herabsetzung der Preise wirklich erzielen wollen, dann müssen sie da anfangen, wo eine Kürzung der Produktionskosten zunächst möglich ist und bei den Preisen wirksam in Erscheinung treten würde: bei den Materialkosten, bei den Geschäftskosten und schließlich aber nicht zum geringsten in der Betriebsführung.

Die bisher gezahlten Löhne in der Berliner Metallindustrie lagen, soweit die qualifizierten Arbeiter in Frage kommen, zuletzt etwa 35 Proz. unter dem Existenzminimum. Schon deshalb ist eine Lohnkürzung unzulässig und auch unerträglich. Unerträglich nicht allein für die davon betroffenen Arbeiter, sondern unerträglich auch für die Gesamtwirtschaft. Unsere Wirtschaft kann nur gedeihen in dem Maße, in dem die innere Kaufkraft der Verbraucher massen sich hebt. Bestimmend für die Kaufkraft der Verbraucher massen ist in einem industrialisierten Lande wie Deutschland der Lohn der Arbeiter. Von der Kaufkraft der Arbeiter hängen die Kaufkraft breiter Schichten des Mittelstandes wie schließlich auch der Landwirtschaft ab. Von der allgemeinen Kaufkraft im Inlande hängt der Beschäftigungsgrad der Industrie und schließlich auch die Exportfähigkeit Deutschlands ab. Denn das Ausland kann nur in dem Maße von uns kaufen, in dem auch wir wieder als Käufer dem Ausland gegenüber treten. Denn jeder Handel ist ein Tauschgeschäft.

Wenn wir aber zum Vergleich die Löhne, die im Ausland gezahlt werden, heranziehen, um das Argument der Unternehmer bezüglich der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu untersuchen, dann finden wir, daß die deutschen Arbeiter nicht allein weit schlechter als vor dem Kriege und weit unter dem Existenzminimum, sondern auch weit schlechter als ihre Kollegen im Ausland entlohnt werden. Wenn wir z. B. die Löhne in der Metallindustrie der Vereinigten Staaten auf Grund der Veröffentlichungen des dortigen Arbeitsstatistischen Amtes mit den Löhnen vergleichen, die in Deutschland gezahlt werden, dann stellen wir gleich fest, wie durchaus unberechtigt das Verlangen der deutschen Unternehmer nach Lohnkürzung ist. So betrug im Juni des vergangenen Jahres in der Eisen- und Stahlindustrie der Vereinigten Staaten der durchschnittliche Wochenlohn über 30 Dollar, im Wagenbau fast ebensoviel. Seitdem haben sich die Löhne noch gehoben, sind also mehr als viermal so hoch als die Löhne der bestbezahlten Berliner Metallarbeiter. In England, das als Konkurrenzland wesentlich in Frage kommt, betragen die Löhne der Maschinenbauer etwa das Doppelte des Lohnes eines qualifizierten Berliner Metallarbeiters.

Wenn trotz dieser weit höheren Löhne die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie zurückgegangen ist, so wird niemand behaupten dürfen, daß die Ursache dieses Zurückgehens der Konkurrenzfähigkeit die allzu hohen Löhne der Arbeiter seien. Wir haben schon oben ausgeführt, daß es keineswegs die Löhne sind, die die Konkurrenzfähigkeit einer Industrie entscheidend beeinflussen. Soweit die Arbeitskraft auf die Preisbestimmung einwirkt, kommt in erster Linie ihre Verwertung im Produktionsprozeß, in zweiter Linie die Leistungsfähigkeit der Arbeiter selbst in Betracht. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter, auch das ist eine alte Erfahrung, wird bei hohen Löhnen gesteigert und geht bei niedrigen Löhnen schließlich so zurück, daß die angeblich billigen Arbeitskräfte in Wirklichkeit teurer werden als die bestbezahlten Arbeiter.

Wirtschaftlich läßt sich das Vorgehen der Unternehmer also in keiner Weise rechtfertigen. Moralisch ist es überhaupt nicht zu verteidigen. Mit welchem Rechte maßen sich die Unternehmer an, einseitig und selbstherrlich zu bestimmen, um welchen Preis der Arbeiter seine Arbeitskraft ihnen zur Verfügung stellen muß? Mit welchem Recht dürfen sich die Unternehmer unterfangen, die um ein Drittel bis zur Hälfte unter dem Existenzminimum liegenden Löhne der Arbeiter noch weiter zu kürzen?

Wenn wir den Verdienst eines gelernten Arbeiters, der in Accord arbeitet, nehmen, dann kommen wir auf einen durchschnittlichen Lohn von 25,50 M. die Woche, der sich bei Verheirateten um 96 Pf. für die Frau und um 1,92 M. für jedes Kind erhöht. Das soll der Wochenlohn eines hochqualifizierten Metallarbeiters in Berlin sein! Bei den ungelerten Arbeitern geht der Wochenlohn nach dem Diktat der Metallindustriellen zurück auf 18,50 M. Das sind jedoch die Bruttolöhne. Davon gehen noch ab die Versicherungs- und Gewerkschaftsbeiträge, sowie die Steuern. Wir fordern hier die Metallindustriellen auf, uns den Nachweis zu liefern, wie es möglich sein könnte, daß bei derartigen Löhnen die Arbeiterkraft leistungsfähig und kaufkräftig erhalten bleibt! Wir reden hier gar nicht von rein menschlichen Erwägungen. Wir untersuchen die Dinge kühl und nüchtern nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Was hat die Metallindustriellen zu diesem wirtschaftlich und moralisch gleich unberechtigten und unerträglichen Vorgehen veranlaßt?

Es sind zweifellos im wesentlichen zwei Motive, die sie bestimmt haben. Sie haben seit Jahr und Tag ihre Betriebsführung systematisch vernachlässigt und mit der Spekulation auf die Geldentwertung gewirtschaftet. Das ist zwar für die Gesamtwirtschaft eine verhängnisvolle, für den einzelnen Unternehmer aber eine sehr bequeme und auch sehr profitable Politik. Die Stabilisierung der Mark hat dem Ende gemacht. Statt ihre Betriebsführung nach modernen

Grundsätzen umzustellen, wollen sie sich auf das Faßbett der billigen Löhne legen. Eine derartige Wirtschaftspolitik müßte, wenn sie durchgeführt würde, uns direkt ins Verderben bringen. Das zweite Motiv der Unternehmer ist ein machtküsternes. Sie wissen, daß die Gewerkschaften durch die Geldentwertung gelitten haben. Die Wirtschaftskrise hat die Position der Gewerkschaften noch verschlechtert. Diese ungünstige Position der Gewerkschaften wollen die Unternehmer ausnützen. Sie glauben, die Gewerkschaften schwach zu machen, indem sie durch ihr Diktat die Arbeiterkraft zur Empörung treiben.

Diese falsche Rechnung kann für die Unternehmer nur mit einer Enttäuschung enden. Wie auch die Verhandlungen vor dem amtlich bestellten Schlichter heute auslaufen werden, das Vorgehen der Unternehmer hat allen Arbeitern klar und unerbitlich den Nachweis geliefert, daß es für sie nur eine Möglichkeit gibt, sich vor maßloser Unternehmerwillkür zu schützen: Restloser Zusammenschluß in den Gewerkschaften!

### Wahlängste der Deutschnation

#### Erregung über den sozialdemokratischen Wahlausruf.

Seit Wochen haben sich die Deutschnationalen aller Schattierungen heiser geföhrt nach Neuwahlen sowohl für das Reich wie für Preußen. Im Landtag besonders konnten sie sich in Ruf nach Neuwahlen nicht genug tun, und als unser Redner ihnen ankündigte, sie würden die Sozialdemokratie, die schon so oft totgesagt wurde, im Wahlkampf noch kennenlernen, da schien ihnen das höchste Vergnügen zu bereiten.

Seit einigen Tagen jedoch ist die Stimmung wie ausgewechselt. Plötzlich entdeckt auch die Deutschnationale Partei, daß außer ihr noch andere Leute auf der Welt sind. Schon am Montagabend veröffentlichte die „Kreuzzeitung“ unter der aufgeregten Überschrift „Alarm“ einen Artikel, der sich vergebens bemühte, Wahlängste zu verbergen. Ueber die Sozialdemokratie wurden da diese Liebenswürdigkeiten gesagt:

„Als Antwort auf das Fest des Friedens und der Liebe hat sie nach Weihnachten ihr wahres, haßverzerres und zerschlagendes Gesicht enthüllt, ihre wahren Absichten brutal entfleischt und der Reichsregierung in demagogischer, gemeingefährlicher Weise den Krieg angelegt. Als Angriffsobjekt dient vor allem der Reichsjustizminister, gegen den die Sozialdemokratie bezeichnenderweise erst auftritt, nachdem durch seinen Eintritt in das Kabinett Marx diese letzte Reichsregierung überhaupt erst zustande kam. Es erschien ihr offenbar von Anfang an für ihre Sache sehr gelegen, daß durch die von ihr ermöglichte Kabinettskrise nicht allein die Wahlen hinausgeschoben, sondern auch ein handgreiflicher Gegner ihres eigenen Systems in die Regierung hineingeschoben wurde. Bietet doch der Reichsjustizminister als Mitglied der Bayerischen Volkspartei und insoweit als unbedingter Anhänger und Verteidiger der in Bayern eingeschlagenen politischen Richtung, den Sozialdemokraten erwünschte Gelegenheiten, den Haß der Genossen auf ihn und über ihn hinaus auf die ganze Reichsregierung zu lenken. Die Sozialdemokratie geht bei ihrem Kampf systematisch streupel- und rücksichtslos vor. Ihre langjährige Praxis auf dem Gebiet der Demagogie und Hebe kommt ihr dabei zugute.“

Wenige Stunden, nachdem die „Kreuzzeitung“ so über sozialdemokratische Wahlarbeit gesagt hatte, erschien nun gar der Wahlausruf des Parteivorstandes, und der ist nun der Rechtspresse besonders hart auf die Nerven gefallen. Die „Kreuzzeitung“ weiß nichts Geseheneres darüber zu sagen, als etwa das folgende:

„Es geht aus ihm hervor, daß die Sozialdemokratie den Wahlkampf mit Lügen führen will. Lügen und Verleumdungen sind von jeher die besten Helfer der Demagogie gewesen. Sie sollen auch diesmal ihre Schuldigkeit tun, um das Scheingebäude der Sozialdemokratischen Partei vor dem Zusammensturz zu bewahren.“

Die Tatsache, daß die Deutschnationalen seit Jahr und Tag in Verdrehung und demagogischer Ensteltung der ernstesten sozialdemokratischen Arbeit am Wohle des Landes Unglaubliches geleistet haben, erscheint der „Kreuzzeitung“ als etwas Gottgegebenes. Aber wenn die Sozialdemokratie die Aktiva und Passiva der bürgerlichen Politik vor dem Lande ausbreitet, dann schreit dieselbe „Kreuzzeitung“ mit der ganzen deutschnationalen Presse Jeter und Mordio!

Die „Deutsche Tageszeitung“ liest allerdings aus dem Wahlausruf der Partei etwas ganz anderes heraus, nämlich die „außerordentlich drängende Sehnsucht nach einer Wiederbeteiligung an der Reichsregierung, nach der sozialistisch-bürgerlichen Koalition in irgendeiner Form“. Da beide — „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ — in derselben Druckerei hergestellt, mit denselben Typen ausgestattet und von gleichem Geiste getragen sind, so ist dieser Widerspruch in der Auffassung der beiden deutschnationalen Blätter allerdings ein wenig verwunderlich. Aber gemeinsam ist ihnen doch die Furcht vor praktischer Mitarbeit der Sozialdemokratie. Das kommt besonders deutlich zum Ausdruck in ihrer Polemik gegen die „Germania“, die in ihrer Neujahrsnummer auch über die zukünftigen Wahlen artikuliert und dabei u. a. geschrieben hatte:

„Einen Wahlkampf unter der Parole „Hier Bürgerium, hier Sozialismus“ würde eine kaum erträgliche Verschärfung der Gegensätze bringen und ist bei der Zerpfütterung im Bürgerium selbst auch schwer durchführbar. Ganz abgesehen davon, daß eine Wohlparole gegen die Sozialdemokratie nicht ehrlich wäre, denn was wir in dem kommenden Wahlkampf zu verteidigen haben werden, ist zum größten Teil mit der Sozialdemokratie geschlossen worden. Ueberhaupt sollte die Wohlparole keinen lediglich negativen Inhalt haben und nicht allein von vergangenen Dingen getragen werden, sondern den Blick auf die Zukunft lenken. Wir werden den Wählern sagen müssen, was wir tun wollen, um Deutschland vor dem Verfall zu retten, und zu dieser Arbeit müssen wir alle aufrufen, die guten Willens sind.“

Die Möglichkeit, daß die Sozialdemokratie einen positiven Einfluß auf die Geschichte des Reichs ausüben kann, ob sie nun innerhalb oder außerhalb der Regierung steht, erscheint den Deutschnationalen so verabscheuenswürdig, daß sie das Zentrum organ wegen seiner Stellungnahme aufschärfte angreifen und das Zentrum offen als Mitschuldigen an allen vermeintlichen Sünden der Sozialdemokratie darzustellen suchen. Ihnen wäre es angenehm, die Reihen des seligen „Reichsverbundes gegen die Sozialdemokratie“ wieder aufleben und alle bürokratischen Parteien in einer großen Verleumdungsfront gegen die politische Partei der Arbeiterklasse ständen. In Thüringen ist dieser arme Bürgerblock der Parteien von Wulle bis zu den „jüdischen Demokraten“ ja schon Tatsache gemorden. Bei den Verleumdungen, ihn auch im Reich ins Leben treten zu lassen, werden wir auf die verhängnisvollen Worte der „Germania“ noch oft zurückkommen müssen.

### Ausnahmezustand und Deutschnationale.

Als hier vor einigen Wochen gesagt wurde, die Deutschnationalen wollten sich mit Hilfe des militärischen Ausnahmezustandes die deutschböllische Konkurrenz vom Leibe halten, da erhob die deutschnationale Presse gegen diese „Anfechtung“ heftigen Protest. Sie versicherte, daß es ihr im Gegenteil sehr daran gelegen sei, die volle Freiheit des parteipolitischen Wettbewerbs wiederherzustellen. Das ist aber seitdem schon wieder in Vergessenheit geraten, denn die deutschnationale Presse macht jetzt der sozialdemokratischen Forderung nach Aufhebung des Ausnahmezustandes so leidenschaftliche Opposition, als wäre der Ausnahmezustand geradezu deutschnationale Parteifache.

Für ein solches Verhalten sind nur zweierlei Erklärungen möglich: entweder die Deutschnationalen haben tatsächlich den Wunsch, den von ihnen erhofften Wahlerfolg nachträglich ausnahmerichtlich zu sichern, oder aber sie geben sich der Hoff-

### Tolstoi und die zwei Greise.

Der russische Publizist J. Leneremo, der später in London lebte, erzählt einige interessante und sehr charakteristische Anekdoten von dem Nikolajewitsch Tolstoi, mit dem er befreundet war und bei dem er sich viel aufhielt.

Eines Tages, erzählt Leneremo, kam dem Nikolajewitsch von einem Spaziergang zurück und war betrübt und niedergeschlagen. „Ich habe heute eine sonderbare Begegnung“, sagte er. „Ich hatte mich ziemlich weit entfernt und wollte gerade von der Chaussee nach dem Wald abbiegen, als ich zwei fette alte Männer in neuen, in unserem Kreise unbekanntem ziegelroten Kasians bemerkte. Die Bäuerlein schrien aus, plaudern und schlugen mit ihren Stöcken die Aeselfleischen auf der Straße beiseite. Ich holte sie ein, und wir begrüßten uns.“

„Sag mal, Landsmann“, fragten sie mich, „weißt du nicht, wo wohnt hier der Märchenzähler? Er heißt Bw und seine Märchen werden in der Stadt gedruckt und in Büchern in den Dörfern verkauft. Hier irgendwo muß er wohnen.“

Etwas an ihnen hatte mir sogleich gefallen und ich beschloß, mich noch nicht zu verraten.

„Ich habe von ihm gehört“, sagte ich. „Hier lebt so ein Mann. Nur werdet ihr ihn jetzt nicht zu Hause treffen, denn er geht jetzt spazieren. Ihr kommt wohl von weit her?“

„Aus Obojewo, mein Lieber“, antwortete der eine. „Wir hatten unser Getreide eingesahen und ausgedroschen. Dies Jahr war die Ernte besser als voriges, Gott sei Dank. Wir hatten aus der Mühle das erste Mehl nach Hause gebracht, die Weiber haben uns einen Kuchen gebacken, und dann haben wir uns auf den Weg gemacht. Wir wollten nämlich mit Bw sprechen. Wir selber sind auch Märchenzähler, nur erzählen wir unsere Märchen bloß unseren Enkeln und mündlich. Manchmal ist auch ein Erwochener dabei und hört zu. Es sind manchmal sehr unterhaltende Märchen, wir erzählen von alten Zeiten, wir gebeten der Helden, preisen anseher Schöner. Jetzt gibt es freilich keine mehr, wir sind verwaist und plagen unser Seblang uns ab. In früheren Zeiten aber, da gab es solche.“

Und plötzlich fing das Bäuerlein an zu singen.

„Unser Rede, der große Aja Wurome.“

Dies geschah so unerwartet, doch pochte es so ausgezeichnet zu dem bisherigen Singang seiner Sprache. Seine Greisenstimme klang angenehm, voll besetzter Freische, leise bebend, insofgebehen sie so sehr zu Herzen ging und der Sang dieser alten Volkslage war für mich ganz neu, noch nie hatte ich sie zuvor gehört.

Ganz gerührt stand ich da und sagte, freudig angeregt: „Kommt mit, ich führe euch zu ihm.“ „dortbin.“ Ich wollte sie bewirten, ihnen etwas Angenehmes antun, und ich wollte auch, daß ihr alle hier zu Hause sie hörte.“

„Zum Märchenzähler?“ fragten sie.

„Ja“, sagte ich, „zum Märchenzähler. Der steht ja in eigener Verlen vor euch.“

„Wirklich?“ riefen sie erstaunt. „Ja, das mag schon stimmen. Dein Gesicht ist verhärtet, grämst dich wohl viel. Komm, Bw, laß dich küssen.“

So sprach der, der gesungen hatte. Und er nahm meinen Kopf zwischen seine Hände und küßte mich auf die Stirn.

Dasselbe tat der zweite Bauer.

„Weiß du, Bw, dein Märchen „Die zwei Greise“ ist sehr schön. Wirklich hat man sie uns vorgelesen. Wirklich sehr schön. Wir gehen schon den ganzen Weg und vergesschen es mit uns. Welcher von uns muß wohl der Jellisel sein und welcher der Jemim? Ich habe zu Semjon gesagt: „Du, Semjon, bist du der Jemim, weil du dir um alles, um jede Kleinigkeit Sorge machst und dich darum kümmerst?“ Und da lacht er und sagt: „Hoff ganz recht.“ Semjon, ist es wahr, was ich sage? wandte er sich an seinen Begleiter.

Semjon lachte.

„Nu ja, es wird schon seine Richtigkeit haben. So bin ich mal. So hin und wieder packt mich so die Erde. Ja, von dir wollten wir etwas erfahren.“ und er nahm mich sanft am Arm. „Du hast wohl so alte Bücher mit Märchen oder du läßt sie dir erzählen, wie?“

„Es gibt auch solche Aufzeichnungen“, sagte ich, „nur stelle ich meine Märchen anderen zusammen. Auch mein Märchen von den zwei Greisen.“

„Ein schönes Märchen“, belobte er mich von neuem.

Wir hatten inzwischen uns dem Park genähert und bogen in die Allee ein.

„Ach, du, was für einen schönen Fluß ihr da habt! ... Und was ist das da? Ristbeete, wie? Oho, und das Häuschen, seh nur einen! Gehört das alles dir?“

Da fuhr ein mit zwei Pferden bespannter Landauer an uns vorbei. Er führte eine Gesellschaft aus dem Park.

„Gehören die da auch zu dir? Keine Herrschaften!“

Im selben Augenblick erklangen die regelmäßigen Schläge des Wongs, der zum Mittagessen rief.

Die Greise machten Halt.

„Rein“, sagte Semjon, „weiter gehen wir nicht. Wir haben dich gesehen, nun gehen wir heim.“

„Ja, aber warum denn?“ fragte ich verwundert.

„Jawohl, der hat recht“, fiel der andere ein, der gesungen hatte.

„Ja, ja, es ist genau wie das, was man von der Wahrheit und dem Unrecht erzählt. Hör nur zu“, wandte er sich an mich in belehrendem Tone.

An einem furchtbar frostigen Tage trafen sich in der Stadt die Wahrheit und das Unrecht. Die Wahrheit war ein podernardiges Bäuerlein, angetan in zerstückelten Hosen und einem faden-scheinigen Kasian. Das Unrecht aber als ein gemästeter Krämer, trug einen Jodelpelz und gefüllte Füßleier. „Komm“, sagte er, „in die Schenke, wollen es uns gemütlich machen und plaudern.“

Dies taten sie auch. Der Krämer wedelte wie ein Händchen mit seiner Serviette unter dem Arm vor dem Unrecht und trug das schönste Essen und Getränke auf. Sie tranken Tee, aßen, schwapten, und dann erhob sich das Unrecht und, ohne zu zahlen, wollte es fortgeben. Als er schon an der Türe war, sprang der Krämer herzu und sagte schüchtern:

„Gnädiger Herr, aber, bitte, die Rechnung!“

„Ach, ja, richtig“, meinte das Unrecht. „Gut, daß du mich innerst. Ich hab dir ja einen Fünfundzwanziggrubelschein gegeben, wo ist der Rest?“

Der Krämer war ganz starr und stammelte:

„Aber, gnädiger Herr, Sie haben mir nichts gegeben, nicht eine Kopeke. Vergessen Sie.“

Da erhob das Unrecht einen Wortsärm, schlug mit den Fäusten auf die Glastür. Die Gäste laufen zusammen, der Wirt kommt, man stürzt sich auf den Keller.

Dieser bricht in Tränen aus und ruft verzweifelt:

„Aber wo bleibt hier die Wahrheit!“

Die Wahrheit jedoch steht traurig da und brummt:

„Die Wahrheit ist schon hier. Aber auch ich hab' mit ihm Tee getrunken. Da muß ich schweigen.“

Ebenso ist es mit dir, Bw.“

Und sie gingen davon.

„Glauben Sie mir, dieses Wort traf mich mit einem ähnden Stachel ins Herz. ... Und nun, da ich dieses Schinden der Stühle und dieses Hin und Her der Bakaien höre, wie man da den herrschaftlichen Tisch herrichtet, da peinigt und deprimiert es mich sehr. ... Wirklich, ich trinke mit ihnen Tee. Und jener Greis hatte recht, tausendmal recht, daß ich die Wahrheit nicht sagen kann. ... Ich reife mich mit der ganzen Seele von dort weg und bin überzeugt, daß es noch geschehen wird.“

Man weiß, als Tolstoi den Tod nahen fühlte, geschah es auch. Er riß sich los und floh, von dieser Wahrheit geliebt.

### Staatsbürgerliche Erziehung.

Der alte Fehler der Deutschen: sie kämpfen gegen Ideen; nach ihnen formen sie sich ihre Gegner und suchen, wo auf der Straße oder im Saal sich Menschen zeigen, die diesem Bilde annähernd entsprechen. — Weht man dagegen den umgekehrten Weg: zunächst also zu denen, die als Andersdenkende uns so leicht zu Gegnern werden, so findet man dort Menschen und Verhältnisse meist völlig anders als man erwartete.

Je eher wir unsere Jungen und Mädchen diesen Weg zeigen, desto besser natürlich: Sie lernen die Menschen anderer Rasse und anderer Glaubens dort kennen, wo jene zu Hause sind, erfahren, wie sie geschichtlich zu ihren Lebensformen gekommen sind, und vergessen darüber ganz, die andern um ihres Andersseins willen gering zu achten.

Damit ist eigentlich schon alles gesagt. Wir sind mit unsern Neufälligen Aufbauschülern — Dissidenten und Christen beider Bekenntnisse — in katholische und evangelische Kirchen gegangen, auch zu den Herrnhutern, und dann vor allem in verschiedene Synagogen. Dort haben wir uns von den Hebräern erzählen lassen — und welcher wäre es nicht gern? — und sie ausgefragt: wie dies Haus und alles was drin ist, aus allen Formen erwuchs, wie Gewänder und Gebete, Bilder und Musik zu wurden, wie sie sind.

Denn das Interesse der gegenwärtigen Jugend erliegt vor allem dem Technischen. So interessiert sie die Anlage der Beleuchtung und die Innenarchitektur mehr als die Religion. Das ist wichtig; wo dies Interesse Nahrung findet, werden sie rasch heimisch. Der Führer, der sich darauf einzustellen weiß, wird sofort verstanden. Und ist es ein Jude, so folgen sie ihm vom Gespräch über das Technische leicht zum Talmud und zur jüdischen Musik.

nung hin, es werde ihrer zunehmenden Macht gefingen, den Umsturz von rechts von allen ausnahmerechtlichen Fesseln zu befreien und die Militärdiktatur ganz und gar zu einem Instrument gegen diejenige Partei zu gestalten, die sich die Erhaltung der bestehenden republikanischen Staatsform zur besonderen Aufgabe gemacht hat, nämlich die Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie wird jetzt von den Deutschnationalen mit besonderer Wut angegriffen, weil es ihr gelungen ist, für die Opfer des militärischen Ausnahmezustands gewisse sehr bescheidene Rechtsgarantien durchzusetzen. Daß dieser ganz geringe und in keiner Weise zufriedenstellende Anfangserfolg auch der Rechten zugute kommt, kümmert sie wiederum nicht im allergeringsten.

Mit Recht hebt der „Soz. Parlamentsdienst“ hervor, daß der militärische Ausnahmezustand als maßlose Ungerechtigkeit je länger, je mehr empfunden wird. Denn er hat durch die Praxis immer mehr eine verhängnisvolle Ähnlichkeit mit dem Sozialistengesetz bekommen. Sozialdemokratische Zeitungen werden verboten, sozialdemokratische Versammlungen gehindert. In Sachsen und Thüringen wendet er sich mit voller Wucht gegen die sozialistischen Regierungen, vor allem aus dem Grunde, weil sie sozialistisch sind, weil sie es gewagt haben, das Monopol der Bourgeoisie auf die Verwaltung zu brechen. Und auf der anderen Seite Bayern, wo der Meuterer kommandierender General bleibt, wo die Sozialdemokratie vogelfrei ist, während die Hochverräter unbehelligt bleiben und Reichsgesetze außer Geltung gesetzt werden.

Dazu kommt, daß der Ausnahmezustand gegenwärtig das grundlegende Staatsbürgerrecht, das Fundament des verfassungsmäßigen Lebens überhaupt, das Wahlrecht verkümmert und einschränkt. In einer ganzen Reihe von Ländern wird gewählt, für die Reichstagswahlen beginnen die Vorbereitungen. Sie werden behindert durch den Ausnahmezustand, der das Versammlungsrecht einschränkt, die Aufführung der Wähler unmöglich zu machen droht. Glaubt die Regierung wirklich, daß das deutsche Volk zur Wahl gehen soll unter dem Druck des militärischen Ausnahmezustandes, in seiner politischen Bewegungsfreiheit gehemmt, wie es den Generalen gefällt? Glaubt die Regierung wirklich, daß die Sozialdemokratie nicht alles anwenden wird, um die staatsbürgerliche Freiheit in kürzester Frist wieder zu erobern? Glaubt sie, die von dem Volke so ungeheure finanzielle Opfer fordert, dem Volke auch noch seine politischen Rechte nehmen zu dürfen?

Das Verhalten der Deutschnationalen dem Ausnahmezustand gegenüber sollte allen, die es mit der Erhaltung der Republik ehrlich meinen, einen Fingerzeig geben. Die Leute, die ihrer ganzen konservativen Tradition nach die Feinde aller Volksrechte, die Vorkämpfer jeder Volkseutrechtung sind, die Verteidiger des persönlichen Regiments, des Dreiklassenwahlrechts, der Herrenhäuser, sie wittern unter dem militärischen Ausnahmezustand Morgenluft.

Der Kampf gegen den Ausnahmezustand wird gerade durch diesen fanatischen Widerstand charakterisiert als ein Kampf für die Republik!

## Wahlfreiheit und Parteiverbote.

### Eine Entschlieung der Reichsregierung.

Auf Antrag der Sozialdemokraten hat der Rechtsausschuß des Reichstags am 21. Dezember einstimmig beschlossen, „daß vom Tage der Ausschreibung der Wahlen bis zu ihrer Beendigung auch für verbotene Parteiorganisationen die Gründung von Vereinen zur ausschließlichen Betreibung von Wahlen zulässig sei. Versammlungs- und Pressefreiheit unterliegen auch für sie hier den allgemeinen polizeilichen und strafrechtlichen Beschränkungen“. Auf diese Entschlieung hat die Reichsregierung folgendes beschloffen:

„Das nach einer Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom Schatz der Republik grundsätzlich zulässige Verbot politischer Parteien hat nach Auffassung der Reichsregierung immer nur als Verbot von

deren uralte Weisen leidenschaftlich und eindringlich unsere Sinne gefangen nehmen.“

Ein Einwand: Werden die Kinder dadurch nicht unsicher in ihrem selbständig wachsenden Denken, ihrer Weltkenntnis, ihrer Religion? Das ist unmöglich, denn der Alltags, der draußen flutet, die Lebensansprüche, der ganze Lebenskreis bleibt der alte. Der Gewissens liegt wo anders in der kritischen und selbständigen Haltung gegenüber den Phrasen der Antisemitik, jener Leute, die für die Folgen ihrer eigenen militärischen Niederlage und für die Auswirkungen des von ihnen verteidigten Wirtschaftssystems die Angehörigen der jüdischen Rasse verantwortlich machen.

Es ist erst ein Anfang; noch fehlt die klare Scheidung rassistischer und rechtlicher Probleme. Aber wertvoll ist schon der Anfang, denn er zeigt uns, wo die Aufgaben der staatsbürgerlichen Erziehung liegen.

Dr. Rudolf Zweg.

„Ecce homo“ unter Anklage! Nachdem im Mai v. J. das Werk „Ecce homo“ von George Grosz bereits beschlagnahmt worden war, ist jetzt vom Generalstaatsanwalt beim Landgericht I gegen den Künstler und die beiden Inhaber des Maler-Berlons die Anklage wegen Verbreitung unzüchtiger Abbildungen und Darstellungen (§ 184 StGB) erhoben worden.

Wir haben bereits bei Gelegenheit der Beschlagnahme darauf hingewiesen, daß Grosz uns und allen Kunstfreunden Deutschlands als ein so erster Schmutz zu sein, erhoben sein sollte. Ein Generalstaatsanwalt ist weder beruflich noch menschlich verpflichtet, Kunstfreund und Kunstkenner zu sein; die Behörde aber, der er untersteht, sollte aus Gründen der Staatsräson verhindern, daß der preussische Freistaat etwa in die Blamable Lage gebracht wird, ein Kunstwerk offiziell als „unzüchtig“ zu brandmarken, das eine Horde jeder araphischen Sammlung ist und das die Leiter unserer Museen bestimmt einmal mit Gold aufzuhängen werden. Denn das Vordringen an der Situation ist, daß derselbe Staat, der für seine Kunstausstellungen erotische Grabschriften aller Meister anfaßt und seiner bezahlte Werke derselben Art, wenn sie von zeitgenössischen Künstlern geschaffen werden, „von Rechts wegen“ verbammt und zu vernichten strebt.

Spielpländerecken. Am Großen Schauspielhaus gelangt ab Donnerstag, den 3. Januar, in Abänderung des Spielplans täglich „Der Bienenbäcker“ zur Aufführung — Im Theater d. d. Königl. Oper Strahe wird abends 8 Uhr die Dame mit dem Schilbengel in der Premiere gegeben. — Wegen Erkrankung eines Soubrette muß die Premiere des Schauspiel „Koller Jones“ im Lustspielhaus (die Truppe) am den 3. Januar verschoben werden. Das Theater bleibt am Donnerstag, Freitag und Sonntag geschlossen. Die für „Koller Jones“ geliehenen Karten behalten ihre Gültigkeit.

Im „Neuen Volkstheater“ abendliche Strahe 68 findet zu ganz kleinen Preisen (50 Pf. und 1 M.) eine einmalige Aufführung des Weibenschiedes „Anschluppsch“ am Sonntag, den 3. Januar, nachmittags 4 Uhr, statt.

Zusammen der Declare Volkspolizei hat Dr. Max Dert zwei Vorleser mit Lichtbildern, die zur Abklärung des Anschluppsch, die „Münster“ im großen Saal der Staatlichen Kunstgewerkschule Berlin, Prinz-Albrecht-Straße 8, am 3. und 10. Januar, abends um 8 Uhr, Kartenverkauf dort von 1 Uhr ab.

Vereinen oder Vereinigungen Inhalt und Bedeutung. Es unterliegt lediglich die äußere Betätigung des organisierten Zusammenschlusses derjenigen, die der verbotenen Partei angehören, hinderlich dagegen nicht, der politischen Betätigung durch Wahl bestimmter Bewerber für parlamentarische Körperschaften Ausdruck zu geben.

Der Artikel 125 der Reichsverfassung gewährt Wahlrecht und Wahlgeheimnis nach den näheren Bestimmungen der einzelnen Wahlgesetze. Dieses Grundrecht der Reichsverfassung kann auch durch eine Maßnahme auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung nicht außer Kraft gesetzt werden. Aus dem Grundsatze der Wahlfreiheit ergibt sich, daß das Verbot einer Organisation nicht die Wirkung haben kann, wahlberechtigte Personen, welche die von der Organisation vertretene politische Anschauung teilen, in der Ausübung ihres Wahlrechts oder an der Vorbereitung der Wahl zu hindern. Personenspezifische, die vorübergehend zusammentraten, um im Auftrage von Wahlberechtigten Vorbereitungen für bestimmte Wahlen zu den auf Gesetz oder Anordnung von Behörden beruhenden öffentlichen Körperschaften zu treten, werden daher vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahlhandlung durch das Verbot einer politischen Partei nicht betroffen, soweit sie sich auf diese Aufgabe beschränken. Entsprechendes gilt für Versammlungen der Wahlberechtigten zur Betreibung der Wahlen, sofern es sich um reine Wählerzusammenschlüsse handelt. Dabei bleibt aber die Befugnis des Inhabers der ausschließlichen Gewalt unberührt, Versammlungen aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu verbieten.

Die nach der Verfassung im Falle des Ausnahmezustandes zulässigen Beschränkungen der Pressefreiheit können auch in einer Genehmigungspflicht für Flugblätter bestehen. Dabei soll während der Wahlzeit die Genehmigung nur dann verweigert werden, wenn nach dem Inhalt des Flugblattes auf einen gewalttätigen Umsturz der Verfassung hingewirkt wird.

## Mal so, mal so.

Die „Deutsche Zeitung“, in der am Dienstag noch Max Maurerbrecher die goldenen Regenden von der nationalen Diktatur und dem völkischen Führergedanken zu Grabe trug, entdeckt bei der Sektüre des sozialdemokratischen Wahlaufsatzes wieder einmal ihre jüdische Ader. Daß der Aufruf als „echt jüdisch“ bezeichnet wird, wirkt etwas abgefaßten, nachdem die Gefinnungsgenossen der „Deutschen Zeitung“ auch Kahr, Kardinal Faulhaber und veritable Prinzen und Prinzessinnen in das jüdische Getto eingesperrt haben. Mit ebenso überzeugenden Argumenten schießt die Schimpfepistel:

„Der ‚Bormärts‘ — so heißt es — läßt gut, recht bescheiden zu sein, sonst könn' er höchst unangenehme Erfahrungen machen. Die Männer der nationalen Selbsthilfe werden nicht nur Deutschland gegen äußere Feinde schützen, sie werden eines Tages auch gründliche Aufräumungsarbeit im Innern leisten.“

Also eine plumpe Drohung mit der Gewaltanwendung. Max Maurerbrecher hätte recht, wenn er das neue Jahr mit einem Grabgelang auf seine Partei eröffnete. Aber nach den Erfahrungen mit den „Männern der nationalen Selbsthilfe“ in München sollten doch selbst so kluge Leute vorsichtiger sein, die die Beteiligung der Militärgerichtsbarkeit verschlafen haben. Sonst könnten sie im entscheidenden Augenblick wieder die Wäsche wechseln müssen.

## Verzögerung der Steuerarbeit.

Die vom Reichsfinanzminister Dr. Luthner bereits für Anfang Januar geplante dritte Steuererkenntnisverordnung begegnet den allergrößten Schwierigkeiten und wird deshalb nun noch geraume Zeit auf sich warten lassen. In der Verordnung sollte, ausgehend von dem Verbot der Hypothekenaufwertung, enthalten sein die Mietzinssteuer, die Besteuerung der Obligationen und schließlich waren darin auch einige grundlegende Bestimmungen über den Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Ländern vorgesehen.

Aber in jeder Frage, die durch diese Verordnung geregelt werden soll, bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten, sowohl innerhalb der Reichsregierung als auch zwischen dem Reich und den Ländern und innerhalb der Parteien. Gegen das von dem Reichsfinanzminister Dr. Luthner beabsichtigte völlige Verbot der Aufwertung der Hypotheken sind auch von den bürgerlichen Parteien so starke Bedenken geäußert worden, daß gegenwärtig erwogen wird, ob nicht eine teilweise Aufwertung, etwa zu 10 Proz., zugelassen werden soll. Infolge dieser Pläne wird die Abänderung des Entwurfs der Mietsteuer wohl kaum zu umgehen sein. Sie wird von der Regierung auch erwogen, weil Form, Tempo und Höhe dieser Mietsteuer sowie die Verwendung ihrer Erträge in den Kreisen der Mieter eine gewaltige Gegenbewegung ausgelöst hat. Die Reichsregierung und die hinter ihr stehenden bürgerlichen Parteien dürften es sich deshalb angesichts der bevorstehenden Wahlen sehr überlegen, ob sie ihre ursprünglichen Pläne ausführen können.

Ebenso wird erwogen, ob die Entlastung der Hypothekenschuldner und der Schuldner von Obligationen, die durch ein Verbot der Aufwertung von Hypotheken entsteht, nach den bisherigen Plänen steuerlich genügend erfaßt wird. Besonders die Besitzer von Hypotheken und Obligationen, die durch ein Verbot der Aufwertung völlig entlastet würden, sehen in der ganz unzulässigen Belastung der Obligationen und in der völligen Steuerfreiheit der landwirtschaftlichen Hypotheken eine gewaltige Begünstigung dieser kapitalflüchtigen Kreise. Mit Recht wird man fordern müssen, daß sie in gleicher Weise bei einer Hypothekenaufwertung zu Steuern herangezogen werden wie der städtische Grundbesitz.

## Parteitag am 30. März.

Der Parteivorstand hat vorbehaltlich der Zustimmung des Parteiausschusses beschloffen, den Parteitag auf den 30. März nach einer mitteldeutschen Stadt einzuberufen. Der Ort ist noch nicht bestimmt.

## Volkspartei und „D.A.Z.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hatte unlängst heresuführende Behauptungen über die Haltung der preussischen Landtagsfraktion der Volkspartei in Steuerfragen verbreitet und einer Verhöhnung der Reichsgeschäftsstelle dieser Partei den vollinhaltlichen Abdruck verweigert. Das nimmt die „Zeit“ zum Anlaß zu erklären, daß „noch immer harmlose Gemüter glauben“, die „D.A.Z.“ vertrete die Politik der Volkspartei. Die „Nationalist. Korr.“, die sich gleichfalls mit dieser Angelegenheit beschäftigt, meint, bei der „D.A.Z.“ sei man schnell fertig mit dem Wort, wenn es sich darum handle, die Volkspartei zu verächtigen.

Das ist eine sehr vollständige Abkühlung. Aber Eigentümer der „D.A.Z.“ ist noch immer Stinnes, und Stinnes ist noch immer Mitglied der volksparteilichen Reichstagsfraktion.

## Ministerverhaftung in Thüringen.

Weimar, 2. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Minister des Innern, Genosse Hermann, wurde heute mittag bei seiner Ankunft aus Eisenach, vom Bahnhof aus dem Staatsanwalt vorgeführt und wegen derselben Angelegenheit vernommen, wegen der am 31. Dezember eine Verhaftung des Assessors Kunze erfolgt ist. Es handelt sich darum, daß die Einstellung mehrerer Beamten um einige Wochen vordatiert worden sein soll, worin die Anklagebehörde eine Urkundenfälschung erblickt. Genosse Hermann wurde nach dem Verhör für verhaftet erklärt, da Verdunkelungsgefahr vorliege.

Der Reichsregierung wird zu den Ermittlungen der nach Weimar entsandten Reichsbeauftragten erst Stellung nehmen, nachdem das thüringische Staatsministerium zu diesen Feststellungen sich geäußert hat. Die Aussprache mit den thüringischen Ministern wird voraussichtlich am nächsten Sonntagabend in Berlin stattfinden.

Die Nachricht wird nicht verfehlen, großes Aufsehen zu erregen, um so mehr, weil die Energie der Reichsregierung sich so großartig gegen Thüringen entfaltet, während man nichts davon gehört hat, daß dieselbe Reichsregierung gegen Gesetzesverletzungen bayrischer Reichthaber vorgegangen wäre. Offenbar ist das Vorgehen des Generals v. Lossow lange nicht von so großer Bedeutung wie die angebliche Verfehlung des thüringischen Ministers. Die angebliche Verfehlung! Denn wir wollen erst abwarten, warum es sich eigentlich handelt. Und obzwar wir irgendwelche Verfehlungen oder Unregelmäßigkeiten sicher nicht decken werden, so schenken wir den wütenden Behauptungen der thüringischen Parteien noch nicht ohne weiteres Glauben.

In welche Geistesbeschaffenheit die thüringischen Parteien sich allmählich versetzt haben, zeigt ja am besten die Tatsache, daß in dem „Ordnungsbund“, zu dem sie sich zusammengeschlossen haben, nicht nur Deutschnationale, Landbund, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten vereinigt sind; diesem Ordnungsbund gehören auch an die Deutsch-völkische Freiheitspartei, die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, der Jungdeutsche Orden und der Stahlhelm. Demokraten und Zentrum haben sich also gegen die Sozialdemokratie mit den geschworenen Feinden der Verfassung, mit den politischen Organisationen der Putschisten, mit den Verherrlichern des Erzberger- und Rathenau-Mordes zusammengeschlossen! Das ist der Ordnungsbund, von dem auch die Beschuldigungen gegen die thüringische Regierung ausgehen.

Die Verhaftung des Ministers ist auch deshalb so merkwürdig, weil ein Fluchtverdacht gänzlich unbegründet ist. Dabei ist es auffallend, daß die Reichsregierung, wie wir wissen, Vertreter des thüringischen Staatsministeriums ohnedies zu einer Aussprache nach Berlin geladen hatte. Ohne diese abzuwarten, ist nun der Innenminister verhaftet worden. Die Reichsregierung wird sich darüber klar sein, daß sie jedenfalls der Öffentlichkeit schleunigst volle und rückhaltlose Aufklärung schuldig ist.

## Der Thüringer „Ordnungsbund“.

Weimar, 2. Januar. (Th.) Die Vorstände der Deutsch-völkischen und Nationalsozialistischen Thüringens erließen nachstehende Rundgebung:

An Deutschvölkische und Nationalsozialisten Thüringens!

Auf Grund eingehender und gewissenhafter Erwägungen und im Kenntnis der Dinge, wie sie sich in den letzten Tagen entwickelt haben, sind wir, in der unerschütterlichen Überzeugung, unserer Sache dadurch am besten zu dienen, zu dem Beschlusse gekommen, der antimarxistischen Einheitsliste „Thüringer Ordnungsbund“ beizutreten. Wir übernehmen volle Verantwortung für den Beitritt, erwarten Vertrauen und geschlossene Befolgung sowie Abwehr unbefonnener Absonderungsbestrebungen. Entsendet bewillmächtigte Vertreter nach Weimar, Hotel Hohenzollern, am Bahnhof, Freitag, 4. Januar, nachmittags 2 Uhr, gezeichnet Leonh. Schiefel, NSDAP, gez. Graf von Borch, DWAFF.

Bezeichnend für den Geist, der die Bürgerlichen in Thüringen beherrscht, ist es, daß die Demokraten den Wunsch ausgesprochen haben, daß von den rechtsstehenden Parteien während der Wahlbewegung jede antimarxistische und monarchistische Rundgebung unterbleibe, „damit auch Stimmen von links her gewonnen werden können“. Damit gestehen die Demokraten zu, daß sie sich mit den Feinden der Verfassung verbünden, um „Ordnung“ in Thüringen zu schaffen.

## Kandidatenaufstellung der DVPD.

Weimar, 2. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteitag der DVPD Thüringens findet am 13. Januar in Weimar statt. Er wird zu den Wahlen zum thüringischen Landtag und der Reichspolit. Stellung nehmen und die Aufstellung der Kandidaten vornehmen.

Das thüringische Staatsministerium hat zur Ausführung des Personalabbaues beschloffen, Beamtenanwärter und Angehörige bis auf weiteres nicht in den thüringischen Staatsdienst einzustellen. Die gleiche Sperre ist auch für die kleinen Gemeinden und öffentlichen Körperschaften angeordnet worden.

## Sachsen vor der Entscheidung.

### Große Koalition oder bürgerliches Uebergangskabinett?

Dresden, 2. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen der Parteideputierten über die Bildung einer großen Koalition, die am Mittwoch fortgesetzt wurden, sind noch immer nicht zum Abschluß gekommen. Das voraussichtliche Ergebnis dieser überaus schwierigen Beratungen ist noch unbestimmt, doch wird vielfach, besonders auf bürgerlicher Seite, angenommen, daß die jetzige Regierungskrisis, die als hochbedeutungsvolle Wendepunkt für die fernere Entwicklung der inneren sächsischen Politik zu werten ist, durch die große Koalition gelöst wird. Ueber den kommunistischen Antrag auf Landtagsauflösung soll am Donnerstag durch den besonders eingehenden Austausch entschieden werden, dem vorher von dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen über die Regierungsneubildung Kenntnis gegeben wird. Im Falle des Scheiterns dieser Verhandlungen wird in unterrichteten parlamentarischen Kreisen damit gerechnet, daß bei Stimmenthaltung der Kommunisten ein rein bürgerliches Uebergangskabinett zustandekommt, dessen erste Handlung die Landtagsauflösung wäre. Zwischen den bürgerlichen Parteien des Landtages haben tatsächlich bereits entsprechende Beratungen stattgefunden und sind am Mittwoch zu einem gewissen Abschluß gebracht worden.

Das „Jüdische Echo“ in München ist wegen eines Artikels über die Judenabweisungen in Bayern vom Generalstaatskommissar bis auf weiteres verboten worden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Lohnanteil am Produkt.

Nachdem wir dem amerikanischen Industriellen Henry Ford das Wort gegeben haben, wollen wir auch eine deutsche Arbeitermeinung zitieren. Da sie auf spezifisch deutsche Verhältnisse Bezug nimmt, hat sie gewissermaßen noch größere Bedeutung. Auch die Quelle, aus der wir schöpfen, dürfte den Berliner Metallindustriellen, wie den Unternehmern im allgemeinen, nicht irgendwie „marxistisch“ verdächtig sein. Im „Arbeitgeber“, dem offiziellen Organ der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, wird in Nr. 24 vom 15. Dezember ein Artikel von H. G. Hermann-Düsseldorf veröffentlicht, dessen wesentlicher Inhalt in mehr als einer Beziehung Beachtung verdient. Unter dem Titel „Produktionssteigerung und Anteil der Löhne am Preis des Produktes“ untersucht der Verfasser, wieviel Löhne und Preise einander beeinflussen. Er schreibt:

Im Preise jeder Ware ist ein Anteil enthalten, der dem für die Anfertigung oder Hervorbringung des Produktes notwendigen Lohnes entspricht. Oberflächlich betrachtet, liegt die Meinung nahe, daß dieser Anteil um so größer ist, je höhere Löhne gezahlt werden, daß also hohe Löhne unbedingt hohe Herstellungskosten, damit teure Verkaufspreise zur Folge hätten. Doch liegt die Sache, wenn die Zusammenhänge näher geprüft werden, wesentlich anders. Die Gestaltung der Herstellungskosten bedingt, ergibt, daß nur ein gewisser Prozentsatz auf die Löhne fällt. Im Bergbau etwa 30-35 Proz., im Hüttenbetrieb 20 Proz., in der Maschinenindustrie 25 Proz., in manchen Industrien zurzeit sogar nur 3-4 Proz. Aus dieser Erwägung geht schon hervor, daß eine Lohnerhöhung sich nicht in ihrem vollen prozentualen Maße auf den Preis des Produktes auswirkt und umgekehrt ein Lohnabbau nicht in seiner ganzen prozentualen Höhe bei der Depression der Preise sich geltend macht.

Eine richtige Beurteilung des Anteils der Löhne in den Preisen der Produkte, sagt dann der Verfasser ganz richtig, könne nur eine Analyse der Preise zustande bringen, d. h. eine Untersuchung aller Komponenten, die die Warenpreise bestimmen. Die absolute Lohnhöhe ergebe zwar Aufschluß über die Verdiensthöhe, die der Arbeiter, könne aber nie über den Anteil der Löhne an der allgemeinen Teuerung Aufschluß geben. Der Wert der Arbeit hänge weder von dem Zeitaufwand noch die Anstrengung ab, sondern von dem Aufbau der Gefüge, in die sie hineingestellt werde. Der Wert einer Arbeitsstunde erhöhe sich mit ihrer entsprechenden Verwendung innerhalb des Produktionsprozesses.

Für die Entlohnung der Arbeit gebe es zwei Grenzen. Die unterste sei die, bei der die Menschen noch gewillt sind, zu leben und sich zu vermehren. Über auch dieses Minimum sei nach Völkern und Epochen verschieden. Niedrige Löhne bedeuteten keineswegs billige Warenpreise. Der Verfasser zitierte Herrn A. L. Webwood, Generaldirektor der North Eastern Railway, der nachwies, daß die Baukosten eines Kilometers Eisenbahnstrecke sich nicht wesentlich ändern, wenn man hierzu die billigsten chinesischen Arbeiter oder die bestbezahlten Amerikaner oder Engländer verwendet. Billigere seien die Kosten sogar geringer. Nicht die Entlohnung, sondern die Leistung sei ausschlaggebend. Die Höchstgrenze für die Entlohnung sei der Wert der herangebrachten Güter, die aber meist gar nicht von der Arbeit abhängen, sondern durch andere Gründe, die im Produktionsvorgang und in den Marktverhältnissen liegen, bestimmt werden.

Die Produktionsleistung könne die Menge der in einer Arbeitsstunde herangebrachten Güter steigern, indem sie die inneren Reibungen mildert und die nutzlosen Aufwendungen ausschaltet. Die Beurteilung der Industrie könne nur durch die herangebrachten Güter geschehen. Wenn zur Herstellung einer Ware statt 20 Arbeitsstunden 15 genügen, so sei dies ein Beweis der Entwicklung. Bei konstanten Preisen der Produkte könne also bei fallendem Anteil die Entlohnung der Arbeitsstunde steigen. Die Steigerung der Arbeitslöhne in ihrem Realwert sei ein Zeichen des industriellen Aufschwungs, ein Beweis, daß die Arbeit besser, also auch höher bewertet werde. Umgekehrt sei ein Lohnabbau ein Symptom innerer Krankheit. An der Hand der Indizes

zeigt dann der Verfasser, wie sich das Verhältnis der Löhne zu den Preisen seit 1913 immer mehr zugunsten der Löhne verschoben hat und schließt:

Augenblicklich ist die Lage die, daß eine stete Steigerung der Preise erfolgt, der die Löhne nur in kleinerem Maße folgen, d. h. die Produkte müssen mit immer mehr Arbeitsstunden bezahlt werden. Die Spanne zwischen Lohn- und Lebenshaltungskosten wird immer größer, was zu einer stärkeren Verteuerung führt. Deshalb ist eine Senkung der Preise in erster Linie nicht von einem Lohnabbau zu erwarten, sondern von einer besseren Bewertung der Arbeit und der übrigen Produktions-elemente durch die Herbeiführung reibungslosen Zusammenstimmens und durch Entfernung störender Hemmnisse.

Diese Schlussfolgerungen können wir nur vollinhaltlich unterstützen. Der Artikel des offiziellen Organs der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zeigt, wie rückständig die Unternehmertreue sind, die jetzt nach einem Lohnabbau schreien. Nicht der Abbau der Löhne kann aus der Wirtschaftskrise herausführen, sondern im Gegenteil ein steigender Anteil der Löhne an den Preisen der Produkte, eine Ausschaltung der unproduktiven Elemente im Produktionsprozeß.

## Zur Aussperrung in der Metallindustrie.

Wie die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes mitteilt, hat der Schlichter, welcher auf Grund der Verordnung über das Schlichtungswesen von der Obersten Landesbehörde bestellt worden ist, die Parteien für heute nachmittag zur Verhandlung eingeladen. Die ausgesperrten Betriebe haben sofort durch einen Bevollmächtigten der Belegschaft sich im Zimmer 4 des DMB zu melden. Am 12 Uhr Kartellung.

## Herausforderung der Chemieindustriellen.

Das Chemikarstell hatte die Funktionäre gestern abend zur Entgegennahme eines Berichtes über die letzten Lohnverhandlungen zusammengerufen. Dem Bericht Benthins ist folgendes zu entnehmen:

Nachdem Verhandlungen vor dem Bezirkslichtungsausschuß und später vor dem Hauptkartellamt zu keinem Resultat geführt hatten, stellten die Betriebsräte von 17 Einzelbetrieben auf Grund des Betriebsratsgesetzes an den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin den Antrag auf Beschlichtung über den Antrag von 120 M. Stundenlohn. Der Sekretär des Arbeitgeberverbandes zweifelte zunächst die Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses an. Nach längerer Beratung erklärte sich der Ausschuss für zuständig, empfahl aber eine Verhandlung vor Verband zu Verband, um eine generelle Regelung für das ganze Gewerbe zu erreichen. Die Arbeitervertreter gaben dazu ihre Zustimmung. Aber der Arbeitgebervertreter zweifelte zunächst die Verhandlungsvollmacht der Arbeiter an und erklärte dann, an den Verhandlungen überhaupt nicht teilnehmen zu wollen. Nunmehr fällt der Schlichtungsausschuß folgenden Schiedsspruch: Für die Zeit vom 28. November bis 4. Dezember v. J. wird eine Nachzahlung abgelehnt. Ab 5. Dezember mit vorläufig unbegrenzter Dauer wird ein Stundenlohn von 60 Pf. festgelegt. Der Vorschlag forderte und erhielt mit Rücksicht auf die mit Ende des Jahres erlöschende Arbeitsdauer der Schlichtungsausschüsse die Zustimmung der Organisationsvertreter. Diese haben auch sofort beim Demobilisierungskommissar die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Ein Verhandlungstermin ist noch nicht festgelegt. Die Versammlung erklärte sich mit diesem vorliegenden Ergebnis einverstanden.

Benthin gab nunmehr bekannt, daß der Arbeitgeberverband den Reichsarbeitsministervertrag gekündigt hat und verlor einen Entwurf der Arbeitgeber, der in bezug auf die Arbeitszeit Vorschläge enthält, die den jährlichen Prozeß der Verformungen auslösten. So soll die Normalarbeitszeit 10 Stunden betragen. Bei Normalarbeitszeit soll die wöchentliche Arbeitszeit auf 70 Stunden erhöht werden können. Für Arbeiter, deren Arbeit zum Teil aus Arbeitsbereitschaft besteht, kann die Arbeitszeit nach den Wünschen der Unternehmer bis auf 84 Stunden ausgedehnt werden. Die Bestimmungen den Urlaub betreffend weichen von den bisher in Geltung befindlichen stark ab.

In der Diskussion wurde von allen Rednern dieser Entwurf auf das entschiedenste abgelehnt. Man betonte allgemein die Notwendigkeit des schärfsten Kampfes; eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme.

## Angestelltenarbitrar der Berliner Metallindustrie.

Das A.M.M. Metallarbitrar teilt mit: Am 7. Januar erhalten die Tarifangestellten, mit Ausnahme der Wochenlöhner einen Bonus auf das Januargehalt in Höhe von 30 Proz. des Dezemberbruttoeinkommens, welches sich aus der vom Verband Berliner Metallindustrieller getroffenen Dezemberregelung ergibt. Für den weiteren Verlauf des Monats — abgesehen von der Bonuszahlung — ist noch eine Bonuszahlung in Aussicht genommen, und zwar nicht vor dem 19. Januar. Die Höhe dieser Zahlung ist durch die vorstehend vereinbarte in keiner Weise festgelegt. Die Wochenlöhner erhalten ihren Wochenlohn noch den V.M.M. Vorschlägen für den Monat Dezember jeweils abgerechnet.

Durch die vorstehende Vereinbarung ist keine Festlegung hinsichtlich der endgültigen Vereinbarung der Dezember- und Januar-Tarifgehälter begründet.

Ueber die Annahme oder Ablehnung des vom A.M.M. gemachten Vergleichsvorschlages zwecks endgültiger Regelung der Dezembergehälter ist noch keine Entscheidung gefallen. Das Nähere hierüber wird in der am Freitag stattfindenden A.M.M. Funktionärerversammlung bekanntgemacht.

## Neuer Lohnarbitrar im Einzelhandel.

Der für die Handelskraftarbeiter abgeschlossene Lohnarbitrar bis zum 28. Dezember 1923 ist von seiten des Arbeitgeberverbandes gekündigt worden. Die am Sonnabend, den 29. Dezember 1923 stattgefundene Verhandlung führte zu einer Verständigung. Die bis zum 28. Dezember 1923 gezahlten Löhne, die in der Spitze für die Ledigen 28 M., für die Verheirateten 29 M. und für die Verheirateten mit Kind 30 M. betragen, werden für die folgende Woche, also vom 29. Dezember 1923 bis 4. Januar 1924 weitergezahlt. Ab 5. Januar bis zum 1. Februar einschließlich betragen die Löhne für die Ledigen 27 M., für Verheiratete 28 M. und für Verheiratete mit Kind 29 M.

Die neuen Tarife werden den Funktionären in der am Donnerstag, den 3. Januar abends, stattfindenden Versammlung ausgearbeitet. Für alle anderen Mitglieder erfolgt die Abgabe im Bureau des Deutschen Verbandsbundes, Engelstr. 24/25, Zimmer 20.

## Konflikt in der Lederwarenindustrie.

Wie in allen anderen Berufen, glauben auch die Unternehmer der Lederwarenindustrie, zu hohe Löhne zu zahlen. Vor dem Schlichtungsausschuß lehnten sie eine Erhöhung des Lohnes ab, da nach ihrer Meinung der Lohn von 50 Pf. „abbaufähig“ sei. Wie sich die Arbeiter ein größeres Einkommen verschaffen können, verrieten sie jedoch erst in der Verhandlung beim Demo, indem sie die Organisation aufboten, noch vor dem 31. März 1924 in eine längere Arbeitszeit einzuwilligen, was natürlich ohne weiteres abgelehnt wurde. Ganz offen brachte der Syndikus zum Ausdruck, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, Rache zu nehmen für die bei Beginn der Krise aus sozialen Gründen verweigerten Ueberstunden. Auch wurde einseitige Lohnfestsetzung angekündigt für den Fall, daß wir auf unseren Antrag bestehen bleiben.

Die Verhandlungen beim Demo führten zu keinem Ergebnis, so daß nunmehr der Oberpräsident zu entscheiden hat.

Die Schlichter für Berlin und Brandenburg. Der Reichsarbeitsminister hat gemäß Artikel 1 § 2 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 als Schlichter für den Bezirk Groß-Berlin den Reichsarbeitsminister a. D. Wissell in Berlin, Luisenstr. 33/34 (Gebäude der Reichsarbeitsverwaltung) und für den Bezirk Brandenburg — ohne Groß-Berlin — den Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium Wulff in Berlin, Luisenstr. 33/34 (Gebäude der Reichsarbeitsverwaltung) bestellt.

GGP. Buchbinder, Bezirk 5. Aufnahmestunde Sonnabend abends 7 Uhr, „Damen-Zeitung“, Dantelstr. 100. Parteiausweis legitimiert.

Generalverband der Angestellten. Sektion Spandau. Mitgliederversammlung Freitag abends 7½ Uhr in den Zentralräumen, Wite-Jacobstr. 30. Tagesordnung: Unserer Tarifbewegung. Neuwahl der Sektionsleitung. — Sektion Buchhandel. Funktionärerversammlung heute abends 7½ Uhr im Dantelstr. 100. Tagesordnung: Neuwahl der Sektionsleitung. Räumung des Reichsarbeitsrates seitens der Arbeitgeber.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Gubernus; Gewerkschaftsbewegung: H. Gubernus; Funktionäre: Dr. John Schützwil; Politik und Sonstiges: Fritz Korbüßel; Anzeigen: H. Gode; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Fortwärts-Buchbinder und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co. Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, hierzu 1 Beilage.

# A. Wertheim Inventurverkauf

In fast allen Abteilungen besondere Angebote  
Posten, Restbestände zu bedeutend herabgesetzten Preisen

- Korsett aus grauem od. champfarbenem Drell, mit Langsetten 2<sup>50</sup>
- Korsett aus gestreitem Körper, mit 1 Paar Haltern 2<sup>50</sup>
- Korsett aus grauem Drell, 1 Paar Halter, breite Schliesse 3<sup>15</sup>
- Reformkorsett weiß fest. Wäschestoff auf Schnur gearbeitet 4<sup>50</sup>
- Hüfhalter weiß, mit Langsetten, mit 1 Paar Haltern 4<sup>50</sup>
- Hüfhalter aus farbigem Jacquard, mit 1 Paar Haltern 5<sup>00</sup>
- Korsett weiß und mode Drell, lange Form, mit 1 Paar Haltern 6<sup>75</sup>

- Pelzhut Skunkskania 6<sup>75</sup>
- Pelzkragen große Frauenform 9<sup>50</sup>
- Pelzmuff Skunkskania 8<sup>00</sup>
- Pelzfutter Waschbärseiten 12<sup>75</sup>
- Skunkskollier moderne Form 24<sup>00</sup>
- Steinmarderkollier moderne Form 33<sup>00</sup>
- Pelzjacke Skunkskania 125<sup>00</sup>
- Pelzjacke Skunkskiel 150<sup>00</sup>

- Koffertaschen Krokodil gepreßtes Leder, mit Stahlbügel u. Schließschloß, von 24-28 cm lg. 12<sup>00</sup>
- do. mit bezogen. Bügel, 24 u. 26 cm lg. 14<sup>00</sup>
- Brieftaschen Leder, mit Scheineinteilung und Geheimfach 3<sup>00</sup>
- Aktenmappen Leder 9<sup>75</sup>
- Aktenmappen Volleder, braun 12<sup>00</sup>
- Isolierflaschen lackiert, mit Aluminium-Oberteil 2<sup>25</sup>
- Ledergürtel sortierte Farben 45 Pf.

- Herren-Stiefel Rindbox, gute Ausf. 11<sup>50</sup>
- Schnürstiefel Herren, versch. Formen u. Ledersort. Goody-W. 14<sup>50</sup>
- Strapaz.-Stiefel Herren, Rindbox, Doppelsohle, Goody-W. 18<sup>50</sup>
- Damenstiefel schwarz, in verschied. Ledersort., Goody-W. 16<sup>50</sup>
- Damen-Pump- u. Spangenschuh verschiedene Ausführungen und Formen 10<sup>50</sup>
- Schnürschuh Damen, R' Chev. spitze Form, gute Ausführung 8<sup>00</sup>
- Kameihaarschuh Damen 3<sup>50</sup> Herren 4<sup>50</sup>
- Laichen, imit., Filz- u. Ledersohle

Rock aus gestreiften, modern. Stoffen 2<sup>00</sup>  
Rock aus reinwollnenm Cheviot mit T-ose und Knöpfen 4<sup>00</sup>

Backfischmantel aus einfarbigen und gemischt. Flanell- sowie covercoatartigen Stoffen 18<sup>50</sup>

Geldtaschen mit Schmelzeinstellung, Leder, schwarz n. farbig 95 Pf. 1.60 2.50 3.75

Einem Posten Cigarettenspitzen 25 Pf.  
Galalith-Armreifen verschiedene Farben 25 Pf.

- Spachtel-Kragen mod. Form für Stilkleider 11.50 4<sup>50</sup>
- Kinder-Woll-Mützen inviel. Farb. 85 Pf.
- Ledergürtel braun, schwarz, grau, für Kleid. u. Mäntel 1:0 1:10 70 Pf.
- Klöppel-Spitzen oder Einsätze Serie I II III
- Mtr. 18 Pf., Mtr. 30 Pf., Mtr. 60 Pf.
- Tüll-Spitzen Serie I II III IV weiß oder ecru, Mtr. 60 Pf., 80 Pf. 1<sup>00</sup> 1<sup>50</sup>
- Stickerei-Hemdenpasse mod. Form Stück 2.15 1<sup>00</sup>

- Damenhandschuhe Reine Wolle, gestrickt, farbig 1<sup>50</sup>
- Reine Wolle, gestrickt, in schön. Farben und weiß 1<sup>50</sup>
- Fior, rund gewebt, angeraut, farbig 1<sup>00</sup>
- Glocé- u. Schwedenleder 1<sup>50</sup>
- Schwedenstepper, modera. Schlußper, mit Riegel, gute Qualität 3<sup>00</sup>
- Herrenhandschuhe Wolle, gestrickt, farbig 1<sup>75</sup>

- Herrenhandschuhe Wildlederersatz, farb., mit Druckknopf 1<sup>00</sup>
- Schwedenersatz, m. Riegel, gelb u. farb. 2<sup>10</sup>
- Glocé, ganz gefüttert, gute Qualität 5<sup>00</sup>
- Kinderhandschuhe Reine Wolle, gestrickt, weiß, bunt, Raz. d 1<sup>10</sup>
- Reine Wolle, gestrickt, farbig 1<sup>00</sup>
- Wolle, gestrickt, farbig 75 Pf.

- Oberhemden farb. durchg. Perkal-Falt-Einm. Klappm. 1 steif, 1 w. Krag. mod. br. Str. 8<sup>50</sup>
- Oberhemd farb. d. Zephir-Falt-Einsatz m. Klappmansch. 1 steif, u. 1 weich. Kragen 12<sup>50</sup>
- Sportkragen weiß Rips 45 Pf.
- Strickbinder groß. Ausmusterung 45 Pf.
- Selbstbinder uni u. moderne Streifen 1<sup>00</sup>
- Hosentäger kräft. Gum. n. b. m. Le. Jerp. 1<sup>00</sup>
- Herrenhüte mod. Form u. Farb. m. kl. Fehl. 4<sup>50</sup>
- Herrenhüte Haarfilz mit kleinen Fehlern 5<sup>00</sup>
- Herrenhüte schw. steif mit kl. Fehlern 3<sup>50</sup>

Tischdecken Kochellinen, m. Karbelackkeret 8<sup>75</sup>  
Schlafdecken grau-weißert 12<sup>50</sup>

- Rüschemmiband Seide, in allen Farben. Streifen 35 Pf.
- Damen-Strumpfhalter Baumwolle Paar 35, Seide P. 42 Pf.
- Rundsenkel schwarz und braun. 70 cm 3 Paar 10 Pf.

- Baumwollband walden. in 5-Meters-Lücken 10, 12, 14, 310 Pf. p. Stück
- Zwirnband in weißes und schwarzes, 10 Meter 10, 11, 12, 15, 210, 325 Pf. p. Stück
- Körperband in 2-Meter-Lücken und schwarzrot 2 1/2-ck 13 Pf.

Wekkeruhr 4<sup>50</sup> Küdenuhr 4<sup>50</sup>  
Taschenuhr Nickelgehäuse, Ankergang 5<sup>75</sup>

# Allerlei über das kursierende Falschgeld

## Mahnung zur Vorsicht.

Die Festigung der Mark hat die Banknotenfälscher wieder aufleben lassen. Ihr schleichendes Gewerbe lag lange Zeit still, weil bis vor kurzem die Falschschleife so schnell entwerteten, daß der endgültige Erlös die Unkosten kaum noch deckte. Die Fälscher machen es sich jetzt zu Ruhe, daß man bei einigen der zu Beginn der Marktstabilisierung ausgegebenen Geldscheine ihren Nennwert nur in Zahlen und nicht auch in Buchstaben ausgedrückt hat. Bei den auf 0,42 Goldmark oder 1/10 Dollar lautenden Reichsbanknoten entfernen sie die ersten Ziffern und ändern sie so in Stücke von 42 Goldmark bzw. 10 Dollar um. Ebenso wird es bei den auf 0,42 Goldmark lautenden preussischen wertbeständigen Geldscheinen gemacht. Diese Fälschung ist so beliebt geworden, daß dem Polizeipräsidenten fast täglich mehrere Personen eingeliefert werden, die solche Stücke in Zahlung gegeben haben.

Wiederholt hatten Falschgeldverbreiter, wenn ihre Fälschate beanstandet wurden, versucht, die Geschäftsleute mit dem Hinweis darauf einzuschüchtern, daß die Scheine gesetzliches Zahlungsmittel seien und angenommen werden müßten. Es ist natürlich niemand verpflichtet, eine Banknote in Zahlung zu nehmen, deren Echtheit er bezweifelt.

### Million — Billion.

Ein Gebiet, auf dem sich die Notenfälscher zurzeit vorzugsweise betätigen, ist die Veränderung von Millionen- in Billionenscheine. Hierzu werden besonders die von der Reichsbahn ausgegebenen Noten benutzt. Das Publikum muß sich merken, daß die Reichsbank bisher nur Geldscheine bis zu einem Nennwert von 20 Billionen ausgegeben hat, während die höchsten Reichsbanknoten auf einen Nennwert von 100 Billionen lauten. Wiederholt sind auch Reichsbanknoten durch einen auf ihnen fälschlich angebrachten Ueberdruck auf einen höheren Wert verfälscht worden. In Wirklichkeit hat die Reichsbank bisher nur zwei Banknotenarten durch einen Ueberdruck in ihrem Wert erhöht: Den Tausendmarkschein der Ausgabe vom 15. Dezember 1922, der durch einen roten Ueberdruck „1 Milliarde“ und den 5000-Mark-Schein vom 15. März 1923, der durch einen schwarzen Ueberdruck „500 Milliarden“ erhöht ist. Beide Notenarten sind in ihrem ursprünglichen Nennwert gar nicht im Verkehr gewesen. Es sind also alle Reichsbanknoten, die mit ihrem ursprünglichen Nennwert im Verkehr gewesen sind und jetzt einen ihren Wert erhöhenden Ueberdruck zeigen, ohne weiteres als Fälschungen anzuspüren.

### Dollarnoten.

Trotz der infolge der Marktstabilisierung stark geschwundenen Nachfrage nach Dollarnoten, treiben sich, besonders in den Gegenden der Grenadier- und Münzstraße sowie in der Tauengienstraße und auch sonst in der Nähe von Wechselstuben, immer noch wilde Devisenaufläufer herum. Die Ausländer für ihr fremdes Geld einen höheren als den amtlichen Kurs bieten. Sie können das, weil sie die ausländischen Banknoten oft mit gefälschten deutschen Geld bezahlen. Für die ausländischen Banknotenverkäufer hat das schon wiederholt die unangenehme Folge gehabt, daß sie nachher bei Uebergabe des empfangenen Geldes selbst unter dem Verdacht, Falschmünzer zu sein, festgenommen wurden. Gerade die Ausländer sollten sich durch die Hoffnung auf einen meist recht minimalen Kursgewinn nicht zu solchen zweifelhaften Geschäften verführen lassen, zumal sie wissen, daß sie damit ein Gewerbe unterliegen, das nach den Gesetzen des Landes, in dem sie sich befinden, verboten und strafbar ist. Auch Verbreiter gefälschter Dollarnoten treten seit einigen Wochen in Berlin wieder auf. Sie bedienen sich dabei, besonders in der Gegend der Grenadier- und Drauerstraße, mit Vorliebe eines neuartigen Tricks. Sie nehmen die ihnen zum Kauf angebotene Dollarnote „zur Prüfung“ an sich, verkaufen sie unvorsichtig mit einer falschen hohen, aber verlässlichen Note und behaupten, dann mit der größten Dreistigkeit, daß man sie mit der falschen Note habe bezahlen wollen. Ehe ihr Opfer sich von der ersten Behauptung erholt, sind sie dann mit der echten Note schon über alle Berge. Diese gefälschten Dollarnoten werden auch in den Berliner Spiel-

clubs zahlreich in Verkehr gebracht. Es werden aber auch immer wieder Kauf- und Geschäftsleute von angeblichen Ausländern beim Ankauf von Waren- und Gebrauchsgegenständen mit solchen Falschscheinen betrogen. Die Polizei hat schon wiederholt eine vom Schatzamt der Vereinigten Staaten herausgegebene Erkennungskarte für Dollarnoten, die einen sicheren Schutz gegen derartige Fälschate bildet, durch die Tagespresse veröffentlicht. In allen Fälschungsangelegenheiten kann das Publikum vom dem Leiter der kriminalpolizeilichen Zentralstelle für Falschgeldsachen (Kriminalkommissar v. Viebermann, Kurfr. 49, Westur 3789) mündlich und telephonisch Auskunft erhalten.

### Mißbrauch mit Klischees.

Besonders sollten sich Klischeefabriken oder Druckereien, die um Herstellung der Druckplatten oder um den Druck von Geldscheinen angegangen werden, durch schleunige Anfrage bei dem genannten Kommissar von der Rechtsgültigkeit und Unbedenklichkeit dieses Auftrages überzeugen. Immer wieder verleben es nämlich Falschmünzer, sich durch Bestellung einzelner Klischees bei verschiedenen Firmen die Unterlagen zum Druck besonders ausländischer Banknoten zu verschaffen. Durch derartige, ihren wahren Zweck meist geschickt verheimlichende Aufträge haben sich Fälscher holländischen, dänischen, englischen und tschechoslowakischen Geldes ihre Druckplatten bei deutschen Firmen zu verschaffen gewußt. Solche Vorkommnisse erregen natürlich im Ausland jedesmal peinliches Bestreben. Für die betreffenden Firmen haben sie auch ein gerichtliches Strafverfahren zur Folge, da nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs die Anfertigung von Druckformen für in- und ausländisches Geld, ohne den schriftlichen Auftrag einer Behörde, unzulässig und strafbar sind. Auch die bildliche Wiedergabe von Banknoten ist verboten und wird strafrechtlich verfolgt; denn diese Zeitungsabbildungen werden erfahrungsgemäß immer zu Betrugszwecken ausgenutzt. Die Abbildung einer Dollarschanknote durch eine Tageszeitung hat erst kürzlich die Folge gehabt, daß ein Drucker der Zeitung Abzüge des bei der Wiedergabe benutzten Klischees, die er zuerst nur aus Neugierde an sich genommen hatte, später, als er arbeitslos wurde und in Not geriet, als echte Scheine in Zahlung gab.

### Unwahrscheinlichste Nachahmungen.

Bei der bunten Fülle der verschiedenartigen Banknoten, mit denen Deutschland zurzeit noch überschwemmt ist und unter denen sich der Laie tatsächlich nicht mehr auskennen kann, werden selbst die unwahrscheinlichsten Nachahmungen vom Publikum in Zahlung genommen. Sogar Umschläge für Steuereinschläge, die das ganz unähnliche Bild einer argentinischen Banknote zeigten, sind in einer Reihe von Fällen als echte Noten angenommen worden. Als Kuriosum sei erwähnt, daß eine ganz verdammt gedruckte, aus dem Requisitionsmaterial einer Filmfabrik stammende Blüte, deren Bild einer englischen Hundertpfundnote nur ganz entfernt ähnlich sah, sogar von einer Bank als eine echte Hundertpfundnote angenommen und bezahlt worden ist. Die Polizei ist anlässlich dieser Verhältnisse bei ihrer Arbeit noch mehr als früher auf die Mithilfe des Publikums angewiesen. Durch eigene Aufmerksamkeit, durch Einlegen des Auges in die echten Noten, wird sich das Publikum bis zu einem gewissen Grade gegen die Annahme von Fälschungen selbst schützen können.

Dem Einzelfall kann die Kriminalpolizei bei der stetig wachsenden Anzahl der Anzeigen nicht mehr in der früher üblichen Weise nachgehen. Sie muß in erster Linie ihre Kräfte darauf konzentrieren, gemerksamig arbeitende Verbreiter von Falschscheinen und vor allen Dingen deren Hersteller aufzuspüren und ihre Werkstätten zu ermitteln. Doch sie dieser Aufgabe auch unter den heutigen sehr schwierigen Verhältnissen bisher noch hat nachkommen können, beweist der Umstand, daß allzu in Berlin in den letzten vier Wochen neben zahlreichen Verbreitern in sieben Fällen auch die Anfertiger von Falschnoten verhaftet werden konnten.

## Das unbewohnte Haus.

Es geschehen noch immer Zeichen und Wunder! In einer Zeit, in der immer noch die Wohnungen wer weiß wie knapp sind, gibt es ein Haus, das seit Jahr und Tag fertig dasteht, aber nicht bezogen wird, ein Haus, das auf einem Terrain von etwa fünf Morgen steht, mit einem gewaltigen Zaun umgeben. Dieses Haus in Villenstraße in einer hübschen und ganz verunglückten Architektur — die Käsestraße nennt es der Volksmund — steht in Schmargendorf, und das riesige Terrain wird begrenzt vom Hohenzollerndamm, dem Hilsberger Platz, der Augusta-Viktoria-Straße und einem kleinen dreieckigen Platz, der gebildet wird von dem Schnittpunkt des Hohenzollerndamm und der Augusta-Viktoria-Straße. Das Haus, innen mit erstem Luxus ausgestattet, mit den feinsten Tapeten, Gobelins, Paneelen und Kaminen, hat ein Mann, der es verstanden hat, die Konjunktur auszunutzen, bauen lassen. Seit Jahr und Tag ist die Villa fertig zum Bezahlen, aber niemand, außer dem Portier, wohnt in dem Haus. Gewiß kann niemand gezwungen werden, das Haus, das er sich hat bauen lassen, auch zu beziehen. Aber wenn in der heutigen Zeit derartige Dinge geschehen, wo die Obdachlosigkeit vieler Familien groß ist, kann man solchem Unfug unmöglich länger zusehen. Wenn ein Reicher eine Marotte gehabt hat und sie jetzt einfach liegen läßt, ohne sich darum zu kümmern, ob das Bauwerk am Ende wieder zerfällt, ohne daß es jemanden Obdach gegeben hat, dann muß die Behörde einschreiten und nach dem Rechten sehen. Der nächste dazu ist das Schmargendorfer Wohnungsamt. Wir fragen hiermit ergebenst an, ob dem Amt diese Dinge bekannt sind und was es dagegen zu tun gedenkt? Familien, die in Schmargendorf seit langem auf eine Wohnung warten, gibt es genug, und in dieser verlassenen Villa können mindestens fünf Familien untergebracht werden.

### Eine „Bierreise“.

#### Mit dem Auto ins Schaufenster.

Eine eigenartige Autofahrt hat dem Arbeiter Wilhelm Laste eine schwere Anklage wegen Autodiebstahls zugezogen. Im August vorigen Jahres hatte Laste sich mit seinem Bruder und drei Fremdbildern auf einer Bierreise vergnügt. Pöblich kam ihm mitten in der Nacht das Gefühl, sich in seinen Kenntnissen als ebemaliger Autofahrer zu zeigen. Kurz entschlossen erbrach er die Schlosser 23 gelegene Garage des Professors Ehrmann. Das Auto wurde herausgeholt und in lustiger Fahrt ging es nun stundenlang in den Straßen Charlottenburgs umher. Man belachte noch mehrere Lokale und nahm auch zwei fremde Männer mit in das Auto. Der Autofahrer war schließlich derartig angegriffen, daß er das Auto kaum noch beherrschen konnte. Schließlich verlor er die Führung und fuhr in eine Schaufensterscheibe hinein. Nachdem das Auto wieder stillgestanden worden war, ging die lustige Fahrt weiter. Am nächsten Morgen wurde der Wagen in fast beschädigtem Zustande in der Nähe der Garage gefunden. Es fehlten aber verschiedene Bestandteile, wie Magnat, Lichtmaschine und eine Referende. Schon wenige Stunden darauf wurde der Angeklagte ermittelt und verhaftet. Die Sache sah für den Angeklagten um so schlimmer aus, als er bereits schon mehrmals wegen schweren Diebstahls vorbestraft war, darunter auch wegen eines Autodiebstahls. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte dem Angeklagten nicht Glauben geschenkt, daß er angetrunken gewesen und das Anfahren nur in der Bierreise verübt habe, nahm vielmehr an, daß er die fehlenden Sachen gestohlen habe und verurteilte Laste zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Gegen dieses Urteil war Berufung eingelegt worden. Der Verteidiger legte dar, daß ein Dieb doch sofort mit dem Auto fortgefahren und nicht in heller Sonnennacht in dem Viertel, in dem er seit Jahren wohnte, herumgefahren wäre. Er hätte das Auto auch nicht in die Nähe der Garage wieder zurückgebracht. Der Verteidiger stellte unter Beweis, daß der Angeklagte, als das Auto an der Stelle, an der es gefunden wurde, eine Banne erlitten hatte, vom Bord gestiegen und, ohne sich um seine Gesellschaft zu kümmern, nach Hause gegangen sei. Außerdem sei er schon am nächsten Morgen, ehe er noch seinen Kausch ausgetauscht hatte, aus dem Bett geholt worden, so daß ihm die Zeit gefehlt hätte, die angeblich von ihm ge-

Copyright Georg Müller, München.

## Die Losoffischer.

Roman von Johan Bojer.

Da ritten sie weiter auf dem Kiel und klammerten sich fest, als hätte es noch einen Zweck, und Kanelles Gomon war noch immer ohne Bewußtsein. Kristaver hielt ihn immer noch fest, aber war er noch lange dazu fähig? Die anderen konnten sich mit beiden Händen festklammern, wenn die Wogen über sie hinschlugen, Kristaver aber hatte nur eine Hand, und Kanelles war schwer. Ihn loslassen? Nein — aber sollte er selber sich wegschützen lassen?

„Kanelles!“ schrie er ihm ins Ohr, „komm doch zu dir! Versuche dich festzuhalten. Ich kann nicht mehr!“ Kanelles, der frische Bursch, der springen konnte wie ein Gummiball, war ohne Bestimmung, er konnte kein Glied rühren. Aber Kristaver fühlte, daß es nun bald auch mit ihm selber vorbei war. Jetzt kommt eine Riesenwoge, mit der wird er nicht fertig, wenn er sich selbst und den anderen festhalten soll. Gott verzeh, aber jetzt muß Kristaver den Kameraden loslassen.

Die Woge schlug über sie hin, Kristaver duckte Kopf und Oberkörper, aber als die Welle weiterrollte, sah er da und hielt Kanelles noch immer.

Er sah in einer Vision den Vater vor sich, den halbblinden Greis, der auf dem kleinen Berghof saß. Seine Faust hielt den Burschen noch, — mochten sie denn beide zusammen weggespült werden.

Unter dem Kiel dröhnten die Wellen. Er lag hoch, weil er mit Luft gefüllt war. Kristaver hätte gern das Messer genommen und ein Loch in das Boot gebohrt, damit die Luft hinausköme, aber er hatte keine Hand frei, und er konnte nicht mehr.

Am Himmel immer noch die schwarzen, rauchenden Wolkenschichten, die Risse mit den Unwetterlichtern, die über das Meer hinstrichen und zeigen, wie hoch der Giftigkeit. Aber ertröbt da nicht wieder ein Ruf? Da — da ist wieder ein Segel. Es kommt hierher. Es kommt gerade auf sie zu. Sie schreien ihm entgegen, und in dem gelben Flammenschein erkennen sie die „Meerblume“, sie streicht dicht an ihnen vorbei, und da steht Jakob am Steuer und sieht dasselbe wie Per Suzansa, — unmöglich, beizudrehen und zu helfen. Und als er weiterfuhr, folgte ihm ein Schrei, ein Todeschrei, — ließ er sie auch im Stich, auch er?

Aber diese Ablicht hatte Jakob nicht. Einen Kameraden im Stich lassen, — nein, das sah dem Schwerenot mit dem

Kurzfuß nicht ähnlich. Er und die „Meerblume“, sie waren schon in so mancher Winternacht draußen gewesen, sie kannten einander, sie konnten wagen, was kein anderer unternahm. Er brüllte einen Befehl, der über das ganze Boot wiederholt wurde, sie nahmen die Halse herum und fuhren bei Gegenwind heran. Die „Meerblume“ legte den Steven halb gegen die Wellen und schob dahin, als wolle sie kreuzen, das war Wahnsinn in diesem Wetter, aber dafür war es auch Jakob.

Was er eigentlich wollte, war ihm selber noch nicht recht klar. Er wollte nur kreuzen und in der Nähe des gekenterten Bootes bleiben, er wollte einen Kameraden nicht im Stich lassen. Das Boot schlug voll Wasser, aber sie schöpften, schöpften, schöpften. Dann gingen sie wieder über Stag, und Jakob wußte, daß in der Zwischenzeit das gekenterte Boot ein ziemliches Stück leewärts getrieben war, er steuerte auf gut Glück, und da — in dem gelben Unwetterlicht sieht er einen Punkt auf einem Wellenkamm, das sind sie!

Die „Meerblume“ steuert auf sie zu, Jakob hört die Schreie, sie haben ihn wohl gesehen und schöpfen wieder Hoffnung, und während er noch einmal dicht an ihnen vorbeisteuert, wirft er ihnen zwar kein Tay, aber die Worte zu: „Haltet euch fest, Leute! Wartet, Leute!“

Diese Ermunterung im Sturm von einem, der noch in Sicherheit war, das war halbe Rettung. Das gab ihnen Kraft, sich anzuklammern. Jakob segelte wieder in Nebel und Dunkelheit hinein, aber er hatte gesagt, sie sollten warten und sich festhalten.

Und noch einmal stemmte die „Meerblume“ sich gegen den Wind, um einen neuen Anlauf auf das gekenterte Boot zu nehmen. Wieder drohte das Boot voll Wasser zu schlagen, die Männer schöpften und schöpften, und Jakob preßte sich immer weiter vorwärts. Keiner außer ihm konnte so etwas bei solchem Wetter wagen. Und wieder ging er über Stag und steuerte nun auf das Boot zu, das inzwischen wieder weiter leewärts getrieben sein mußte.

„Haltet Ausschau nach ihnen!“ schrie er, und seine Leute wiederholten: „Haltet Ausschau nach ihnen!“

Die „Meerblume“ bekam neue Wellen über Bord, Mast und Segel klammerten unter dem Druck des Sturmes, aber dort — auf einem Wellenkamm dort unten in einem Streifen des Unwetterlichtes — sind sie das nicht? Nein, jetzt ist es wieder weg.

An der Halse stand ein Mann und machte Zeichen mit der Hand. „Dort!“ schrie er und deutete hinaus. „Dort!“ schrien die anderen und deuteten auch hinüber.

Und jetzt stampfte Jakob auf und sagte: „Schwerenot!“ denn jetzt mußte ein Ende gemacht werden, so fand er.

Er steuerte unmittelbar auf den schwarzen Strich zu, der ganz hinten in See auf einem Kamm zu sehen war. Jetzt wußte er, was er wollte. „Zwei Mann auf jede Seite und halt sie herein!“ schrie er. „Zwei Mann auf jede Seite und halt sie herein!“ wiederholten die anderen und stellten sich auf. Das war ein sinnloser Befehl, aber auf See heißt es gehorchen. Der fünfte blieb an der Halse stehen und gab dem Bootsführer die Richtung an.

Und in diesem Augenblick dachte Jakob nicht darüber nach, daß er etwas aufs Spiel setzte. Er wußte ja recht gut, daß es jetzt neunundneunzig Möglichkeiten gab, das Steuer zu verlieren, und dann war es mit ihnen allen aus, aber zu solchen Gedanken hatte er jetzt keine Zeit, — da steigt das Boot wieder empor und jetzt kommt er selber auf einer Riesenwoge auf sie zugeschwommen. „Auspaffen, Leute!“ — „Auspaffen, Leute!“ wiederholten die anderen. Im nächsten Augenblick reitet die „Meerblume“ in Schaum und Gift quer über den treibenden Kiel hinweg. „Fahrt sie!“ Die „Meerblume“ bekam einen Ruck, als sie über den Kiel des anderen Bootes hinwegfuhr, aber die Männer zu beiden Seiten zogen jeder seinen Kameraden an Bord, es war, als hole man große Fische ins Boot, eine halbe Sekunde dauerte es, dann flogen sie durch Wellen und Schaum weiter in die Finsternis hinein.

Das erste, was Jakob merkte, war, daß das Steuer nicht weggerissen war, die „Meerblume“ war gefügig wie immer, und vier Männer waren aus dem gekenterten Boot geborgen. Er hörte sie rufen: „O herr, mein Gott!“ Und gleich darauf wieder: „O mein Gott!“

Aber es war keine Zeit, hinzugeben, sie zu bedauern und zu sagen: Ihr Armen! Sturm und Wellen gaben ihm genug zu schaffen. Er schrie nur seinen Leuten zu: „Leben sie alle?“ Und wie immer auf See wiederholten die anderen den Ruf des Führers: „Leben sie alle?“ „Ja,“ erklang es aus dem Kamm am Mast. „Ja,“ riefen alle.

Sie fuhren wieder weiter, stückten vor Wellen und Sturm, durch die Finsternis, eine Flut über Berge und Täler, in einem Tanz von weißen heulenden Gespenstern. Sie segelten, sie wußten nicht wohin.

Im Laufe der Nacht schätzten sie einen Leuchtturm. Das ist das Festland, dachte Jakob, aber das kann weit im Süden und hoch im Norden sein. Sie flogen in ein Schärenmeer hinein, das sie nicht kannten. Jeden Augenblick konnten sie gegen einen Felsen rennen, der aus der See auftrug, oder gegen eine Unterwasserklippe. Aber sie mußten es darauf ankommen lassen, segeln, segeln, segeln. (Fortsetzung folgt.)





Verkauf soweit Vorrat  
Mengenabgabe vorbehalten



# INVENTUR VERKAUF

IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN!

VOM 2. - 15. JANUAR

**Moderne Korsette**  
in Korsetten, Hüfthaltern, vorzügliche Stoffe und Verarbeitung

Restbestände  
Serie 1 1<sup>50</sup> Serie 2 2<sup>50</sup> Serie 3 3<sup>50</sup> Serie 4 5<sup>00</sup> Serie 5 7<sup>50</sup>

Hocheleg. Modelle aus feinsten Seidenbatist, Jacquard- u. Dreifachstoff  
10<sup>00</sup> 15<sup>00</sup> 20<sup>00</sup>

**Damen-Hemden** gute Stoffe und Verarbeitung . . . . . von **1** an  
**Damen-Beinkleider** mit Stickereibesatz, Kuleform . . . . . von **1** an  
**Damen-Nachthemden** reich garniert von **3** an  
**Untertaillen** mit reicher Stickereigarnierung . . . . . von **1** an

**Grosse Posten moderner Morgenröcke**

Serie 1: **6**<sup>50</sup> Serie 2: **9**<sup>50</sup>  
Sommer- und Winterstoffe.

Serie 3: **16**<sup>50</sup> Serie 4: **22**<sup>00</sup>  
reich bestickt Eleg. Form

Serie 5: **36**<sup>00</sup>  
Einzelne elegante Modelle . . . . .

Einzelne elegante **Damen-Wäsche** Angestaubte und einzelne Damen-Wäsche, Bettwäsche  
aus feinen Batist- und Makostoffen bedeutend im Preise herabgesetzt  
aus feinen Batist- und Makostoffen bedeutend im Preise herabgesetzt

**Für Babys** Kleidchen, Jäckchen und Häubchen aus Winterstoffen und Batist bis zur feinsten Ausführung, enorm billig

**Putz**

Filzhüte schwarz und farbig . . . . . **1**<sup>90</sup>  
 Filzhüte mit Sportgarnitur . . . . . **2**<sup>90</sup>  
 Haar-Velourshüte . . . . . **12**<sup>50</sup>  
 Zylinderhüte . . . . . **6**<sup>75</sup>

Ein Posten **Sitz-Schnallenstiefel** **2**<sup>70</sup>  
mit Ledersohle . . . . . durchweg Paar

Ein Posten **Kamelhaartoff-Schnallenstiefel** **1**<sup>50</sup>  
für Damen u. Herren, mit Filz- u. Ledersohle, durchweg Paar

Ein Posten **Kamelhaartoff-Schnallenstiefel** **2**<sup>90</sup>  
für Herren od. Damen, Ledersohle u. Fleck, durchweg Paar

Ein Posten **Schweffern-Spangenschuhe** **4**<sup>90</sup>  
biegsame Ledersohle, alle Größen, Paar

**Schürzen**

Ein Posten Damen-Schürzen **2**<sup>25</sup>  
Wiener Form, bunt Kretonne u. Water, St.

Ein Posten Damen-Schürzen **3**<sup>25</sup>  
Wien. Form, bl. Kretonne u. Indigo, garn., St.

Ein Posten Kittel **3**<sup>95</sup>  
Diagonal-Flausch, l. viel. Farb., Gr. 45-55, St.

Ein Posten Kleiderschürzen **7**<sup>75</sup>  
nur gute Stoffe u. schöne Ausführung, St.

Damen-Lafgentücher Serie I **15** Pl.  
mit buntem Rand . . . . . Stück

Damen-Lafgentücher Serie II **20** Pl.  
mit Hohlraum und gestickter Ecke, Stück

Restbestände, Reste und Abschnitte gelangen sehr billig zum Verkauf



Schlafdecken Baumwolle, Gr. 140/190 **2**<sup>75</sup>  
grün mit Karle . . . . . Stück

Schlafdecken Baumwolle, Gr. 140/190 **3**<sup>75</sup>  
weiss mit Karle . . . . . Stück

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
7 1/2 Uhr: Violetta

**Opernhaus am Königplatz**  
7 Uhr: Zauberkinder

**Schauspielhaus**  
7 1/2 Uhr: Peer Gynt

**Schiller-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die Räuber

**Deutsches Theater**  
7 1/2 Uhr: Scherz, Satire, Ironie und tieferer Bedeutung

**Kammerspiele**  
8 Uhr: Ingeborg

**Theater d. d. Königgrätzer Str.**  
7 1/2 Uhr: Die Dame mit d. Scheidungsgrund

**Kombi-Theater**  
7 1/2 Uhr: Naxos-Gold

**Kestner Theater**  
7 30: Dolly

**SOVA**  
Tag 8 Uhr: Internat. VARIETE und MUTTER

**WINTERTHEAT**  
Variete-Spielplan

**Th. Admiralpalast**  
Allabendlich 7 1/2 U.  
Drunter und drüber

**Comedia Valetti**  
Littw. 78 Ref. 5151  
8 Uhr: Emigranten

**Deutsch-Opernhaus**  
7 1/2 U.: Mignon  
Fritz Krauss

**Intimes Theater**  
8 U.: Der Hinduplatz  
Der Schrei usw.

**Metropol-Theater**  
8 Uhr: Marietta  
Operette v. Kollo

**Neues Theat. a. Zoo**  
7 1/2 U.: Die Luxurianten

**Neues Volkstheater**  
8 U.: Hünslu-Gretel  
8 U.: Die lust. Witwe

**Renaissance-Theat.**  
8 Uhr: Die zärtl. Verwandten

**Waller-Theater**  
8 U.: Sprung i. d. Ehe  
mit Leo Peukert

**Lustspielhaus**  
8 U.: Kaiser Jones

**Walhalla**  
Theater  
Weinbergweg  
15 Weltattraktionen

**Volkstheater E.V.**

Gleichzeitig mit der nunmehr erfolgten Eröffnung der Oper am Königsplatz (Kroll) wird eine Anzahl neuer Abteilungen der Volkstheater E.V. mit nur Abendvorstellungen errichtet. Diese Vorstellungen finden abwechselnd statt:

in der Volkstheater, Theater am Bülowplatz  
in der Oper am Königsplatz  
im Großen Schauspielhaus  
und im Schiller- und Wallner-Theater

Anmeldungen werden in allen Zehnhäusern des Vereins, in den Warenhäusern von Hermann Tietz und in d. Geschäften der Volksbühne, Linienstr. 227, entgegen genommen.

Der Einheitspreis für jede Abendvorstellung beträgt 1,20 Mark, mit einmaliger Einschreibgebühr wird der gleiche Betrag erhoben.

**Apollo-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die Räuber  
8 Uhr: Die zärtl. Verwandten

**Waller-Theater**  
8 U.: Sprung i. d. Ehe  
mit Leo Peukert

**Lustspielhaus**  
8 U.: Kaiser Jones

**Walhalla**  
Theater  
Weinbergweg  
15 Weltattraktionen

**Th. a. Kottb. Tor**  
7 1/2 Uhr: Die Räuber  
8 Uhr: Die zärtl. Verwandten

**ELITE-Sänger**  
U. a. Die Traum der Kapellmeister

**Neues Operetten-Theater**  
Der Guido 7 1/2 Uhr  
**Kensche** Thierscher  
**Lebemann**

Schwank i. A. v. Fr. Arnold's E. Bach  
Guido Thierscher, Elise Bäck, Herrs Bartz, Hedda Neuhoff, Julius Brandt, Fritz Delius, Richard Ludwig

**Allgem. Ortskrankenkasse für Berlin-Lichterfelde**

Am 1. Januar 1924 werden die Grundbeiträge und Beiträge, soweit nicht 9 Proz. des tatsächlichen Entgelts in Frage kommen, im Goldmark wie folgt festgesetzt:

Beitrag	Zugewinn	Beitrag	Zugewinn
1	0,20	1,00	0,05
2	0,40	1,50	0,08
3	0,60	2,00	0,12
4	0,80	2,50	0,16
5	1,00	3,00	0,20
6	1,20	3,50	0,24
7	1,40	4,00	0,28
8	1,60	4,50	0,32
9	1,80	5,00	0,36
10	2,00	5,50	0,40
11	2,20	6,00	0,44
12	2,40	6,50	0,48
13	2,60	7,00	0,52
14	2,80	7,50	0,56
15	3,00	8,00	0,60
16	3,20	8,50	0,64
17	3,40	9,00	0,68
18	3,60	9,50	0,72
19	3,80	10,00	0,76
20	4,00	10,50	0,80

Sausangestellte werden mit der Hälfte der Beiträge zugerechnet.

Der Vorstand:  
D. Weber, R. Steinhilber, 2. Vorsitzender, Schriftführer.

**Wohnungstausch**  
am schnellsten durch eine Anzeige im **Groß-Berliner Wohnungsanzeiger**  
als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen  
Unter der Rubrik 'Möblierte Zimmer zu vermieten' werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.  
Verband mit d. 'Gr-Berliner Wohnungsanzeiger' ist der Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsvorfälle  
Bei allen Zeitungsänderungen und Kiosken zu haben.  
Verlag und Hauptvertriebsannahme:  
**Zeitungs-Zentrale (ZZ) Aktiengesellschaft**  
Jerusalemstr. 3/3, Fernsprecher: Dönhofs 310-3312

**Große Volksoper im Theater des Westens**  
7 1/2 Uhr: **Carmen**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Die nächste Sitzung der zentralen Ortsverwaltung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 5 Uhr, statt.

Die Beiträge betragen ab 1. Woche 1924 bis auf weiteres 0,60, 0,50, 0,40, 0,35, 0,30 für Jugendliche und Lehrlinge, 0,05 für Auszubildende und Lehrlinge ohne Gehalt, 0,10 pro Woche für die Beitragslosen (in der wöchentlichen Grundbeiträge) bei der normalen Arbeitszeit.

**Bau-, Geldschrank- und Möbelschlosser**  
heute, Donnerstag, den 3. Januar, nachm. 5 Uhr, im **Verbandslokal** (Waldstr. 100/101), Eintrachtstr. 10/11.

**Funktionär-Konferenz**  
am 7 Uhr in demselben Saal.

**Branchenversammlung**  
Zugangsordnung: 'Wohnung und Arbeitsvermittlung'.

**Kittung! Bauaufsichtiger Kittung!**  
heute, Donnerstag, den 3. Januar, nachm. 5 Uhr, im **Verbandslokal** (Waldstr. 100/101), Eintrachtstr. 10/11.

**Branchenversammlung**  
heute, Donnerstag, den 3. Januar, abends 8 Uhr.

**Kommunikations-Sitzung**  
Freitag, 4. Januar, nachm. 5 Uhr, im Saal von Ottmann, Dresdenstr. 100.

**Sitzung**  
Wöchentliche Erörterung nachmittags 10/11.

Die Ortsverwaltung.

**Offenti. Bekanntmachung**  
Der Wert der National- und sonstigen Guthaben für die Bemessung des Steuerbeitrages zum Arbeitslohn wird für den Bereich des Landesfinanzamts Groß-Berlin mit Wirkung vom 1. Januar 1924 ab wie folgt an demselben festgesetzt:

A. Voller (zwei Stellen) (inkl. Wohnung, Heizung und Nebenkosten)  
a) für weibliche Hausangestellte, Lehrlinge, Lehrlinge und sonstige gering bezahlte Arbeiter (z. B. Köche) monatlich 0,67, wöchentlich 0,155, täglich 0,035; monatlich 0,67, wöchentlich 0,155, täglich 0,035;  
b) für männliche Hausangestellte, Lehrlinge und weibliche Gewerbetätigen und für Personen, die bei Angehörigen untergebracht sind (inkl. 1 wöchentlich 1,50, monatlich 3,00);  
c) für Angestellte höherer Ordnung (z. B. Köche, Köchinnen, Hauslehrer, Hausdamen, Geschäftsführer, Beamten, Subinspektoren) monatlich 1,50, wöchentlich 1,12, monatlich 4,50.

Für freie Stellen ohne Wohnung, Heizung und Nebenkosten kommen nur zwei Drittel der vorstehenden Sätze in Betracht.  
Über die Verteilung der Zuschläge auf einzelne Arbeiter sowie über die Höhe für freie Familienmitglieder nach Prüfung und Bewandlung, über Dienstverpflichtung und über die Höhe für Dienstverpflichtung in der Land- und Forstwirtschaft geben die Finanzämter Auskunft.  
Soweit zwei bis höhere Sätze als vorstehend festgesetzt sind, gelten die Tarife auch bei Berechnung des Steuerbeitrages für den Lohnabzug.  
Berlin, den 31. Dezember 1923.  
Landesfinanzamt Groß-Berlin  
Abteilung für Volk- u. Betriebsämtern

**Anzeige im Vorwärts**  
sicheren Erfolg!

**Handelsverbot**  
Auf Grund der Bekanntmachung zur Fernhaltung unautorisierten Vertriebs von Handel vom 13. September 1923 (Reichs-Gesetzblatt Nr. 103) habe ich der Handlerin Martha Paul in Berlin, Neue Friedrichstraße 58, durch Verfügung vom 1. Oktober d. J. den Handel mit Waren, die unter dem Namen 'Vorwärts' bekannt sind, untersagt. In demselben Sinne ist die Verfügung vom 1. Oktober d. J. in demselben Sinne bekannt gemacht worden.  
Berlin, den 29. Dezember 1923.  
Der Polizeipräsident: Dr. Dr. Dindorf.

## Kleine Anzeigen

**Verkäufe**

**Bekleidungsstücke, Wäsche usw.**  
Reichhaltiges Sortiment zu veräußern. Kleider, Mäntel, Hüte, Sportkleidung, Wäsche, Bettwäsche, etc. Preis sehr billig. Adresse: ...

**Musikinstrumente**  
Gitarre, Violoncell, Klavier, etc. Preis sehr billig. Adresse: ...

**Möbel**  
Küchenschrank, Stühle, etc. Preis sehr billig. Adresse: ...

**Arbeitslose**  
Partei- oder Gewerkschaftsmitglieder, die sich durch Mitgliedsbuch ausweisen können, werden zum Vertrieb des Vorwärts-Abbestellens gesucht.  
**Guter Verdienst!**  
Zu melden täglich zwischen 8 bis 4 Uhr Lindenstraße 3, IV. Hof parterre, in der Expedition Vorwärts-Verlag!  
Jedem jedem auch bekannten Arbeitslosen von dieser Anzeigengruppe und auch im Parteivertreib interessierten, die Möglichkeit besteht.

**Unterricht**  
Mehrfachsprachige, Lehrgänge für ...  
Geldverkehr  
Arbeitsmarkt  
Stellungsangebote  
Kaufgesuche  
Werkzeuge u. Maschinen

**Arbeitslose**  
Partei- oder Gewerkschaftsmitglieder, die sich durch Mitgliedsbuch ausweisen können, werden zum Vertrieb des Vorwärts-Abbestellens gesucht.  
**Guter Verdienst!**  
Zu melden täglich zwischen 8 bis 4 Uhr Lindenstraße 3, IV. Hof parterre, in der Expedition Vorwärts-Verlag!  
Jedem jedem auch bekannten Arbeitslosen von dieser Anzeigengruppe und auch im Parteivertreib interessierten, die Möglichkeit besteht.

**Arbeitslose**  
Partei- oder Gewerkschaftsmitglieder, die sich durch Mitgliedsbuch ausweisen können, werden zum Vertrieb des Vorwärts-Abbestellens gesucht.  
**Guter Verdienst!**  
Zu melden täglich zwischen 8 bis 4 Uhr Lindenstraße 3, IV. Hof parterre, in der Expedition Vorwärts-Verlag!  
Jedem jedem auch bekannten Arbeitslosen von dieser Anzeigengruppe und auch im Parteivertreib interessierten, die Möglichkeit besteht.

**Arbeitslose**  
Partei- oder Gewerkschaftsmitglieder, die sich durch Mitgliedsbuch ausweisen können, werden zum Vertrieb des Vorwärts-Abbestellens gesucht.  
**Guter Verdienst!**  
Zu melden täglich zwischen 8 bis 4 Uhr Lindenstraße 3, IV. Hof parterre, in der Expedition Vorwärts-Verlag!  
Jedem jedem auch bekannten Arbeitslosen von dieser Anzeigengruppe und auch im Parteivertreib interessierten, die Möglichkeit besteht.